

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

Vergleich 2017 – 2020

Eine Studie zur politischen Grundstimmung in Corona-Zeiten
von policy matters, Gesellschaft für Politikforschung
und Politikberatung mbH

Autoren:

Richard Hilmer, Rita Müller-Hilmer

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Gliederung	Seite
Zusammenfassung	3
O Vorbemerkung	6
1. Wahrnehmung und Bewertung der Corona-Maßnahmen	8
1.1 Akzeptanz und der Maßnahmen	8
1.2 Einschätzung der Wirksamkeit	9
1.3 Bewertung der Regierung und der beteiligten Ministerien	10
1.4 Unterschiedliche Reaktionen in Bevölkerungsgruppen	13
2. Auswirkungen der Corona-Maßnahmen	15
2.1 auf den Arbeitsprozess	15
2.2 für Familien	17
3. Wahrnehmung der persönlichen Lebenssituation in Corona-Zeiten	19
3.1 Persönliche finanzielle Situation	19
3.2 Persönlicher Sorgenhaushalt	20
3.3 Lebenszufriedenheit	24
4. Einschätzung der Pandemie-Folgen	25
4.1 für die Wirtschaft	25
4.2 Auswirkungen auf das Sozialgefüge	26
4.3 Auswirkungen auf Sorgenhaushalt und politische Agenda	28
5. Gesellschaftliche Polarisierung	31
5.1 Veränderungen bei den politischen Konfliktlinien	31
5.2 Konfliktlinie: Klima-Politik	35
5.3 Konfliktlinie: Corona-Politik	36
5.4 Corona-Skeptiker, Klimawandel-Leugner und Migrationsgegner	38
6. Die politischen Typen	40
6.1 Persönlichen Situation, Sorgenhaushalt und Einschätzung der künftigen Entwicklung	40
6.2 Konfliktlinien zwischen den Politischen Typen	42
7. Auswirkungen der Corona-Krise auf die politische Stimmung	45
7.1 Erwartungen an Politik	46
7.2 Vertrauen in politische Institutionen	47
7.3 Entwicklung in Ostdeutschland: Es wächst zusammen	49
7.4 Entwicklung bei den Politischen Typen	51
7.5 Fazit	52

Die wichtigsten Ergebnisse vorab¹

- Seit März dieses Jahres dominiert auch in Deutschland das Corona-Virus das Geschehen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Auf die Gefährdung von Menschenleben und die drohende Überlastung des Gesundheitssystems reagierte die Bundesregierung mit massiven Einschränkungen der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens. Die Bürger und Bürgerinnen zeigen sich zum Zeitpunkt der Erhebung in Bezug auf diese Einschränkungen insgesamt bemerkenswert verständnisvoll und einsichtig. Die große Mehrheit erachtet die Beschränkungen für gerechtfertigt, weil sie Leben schützen, und hält die von der Bundesregierung und den Landesregierungen beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen auch für wirksam, insbesondere jene, die dem Ausgleich übergroßer Härten in der Bevölkerung dienen. Entsprechend groß ist die Zufriedenheit mit der Bundesregierung und mit der Arbeit der beteiligten Ministerien.
- Nur eine Minderheit empfindet das Vorgehen als überzogen. Diese Corona-Skeptiker bewerten ihre Zukunftschancen eher pessimistisch. Sie sind im Grunde marktaffin, fürchten aber die negativen Folgen von Digitalisierung und Globalisierung. Von der Politik fühlen sie sich alleine gelassen, entsprechend gering ist ihr Vertrauen in die Politik und in die politischen Institutionen. In der Gruppe derjenigen, die die Maßnahmen als übertrieben einschätzen, finden sich überdurchschnittlich Personen, die von den Einschränkungen stärker betroffen sind als andere: junge Menschen, Beschäftigte, die um ihren Job fürchten und vor allem Familien mit minderjährigen Kindern, die aufgrund der Schließung von Schulen und Kitas in Corona-Zeiten besonders gefordert sind.
- Die große Mehrheit der Bevölkerung reagiert auf die dramatischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Herunterfahrens der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens bislang bemerkenswert gelassen. Die aktuellen Probleme für die deutsche Wirtschaft werden wahrgenommen, negative Folgen für den eigenen Arbeitsplatz oder die eigene finanzielle Lage werden insgesamt aber eher als gering erachtet. Allerdings glauben zwei Drittel der Befragten, dass die Corona-Krise langfristig dazu führt, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern wird.
- Die optimistische Grundstimmung geht einher mit einem spürbaren Rückgang gesellschaftlicher Konflikte und einer Hinwendung zu mehr Solidarität nach innen

¹ Die Ergebnisse der Studie beziehen sich auf den Untersuchungszeitraum Juli 2020. Danach auftretende Veränderungen im Meinungsbild der Bevölkerung zu Corona sind nicht berücksichtigt.

und außen. Voraussetzung dafür ist in erster Linie eine Entschärfung gegensätzlicher Positionen in der Migrationspolitik. Am Standpunkt der Befürworter und Befürworterinnen der Migration hat sich zwar wenig verändert, die ablehnende Haltung der Gegner und Gegnerinnen gegenüber der Migration ist aber nicht mehr so dezidiert, so dass sich Positionen in dieser Frage annähern.

- Die Konfliktfelder, die derzeit die Debatte bestimmen, die Klimapolitik und die Coronapolitik haben bei weitem nicht das Spaltpotenzial wie die Migrationspolitik. Die Proteste gegen die Migrationspolitik spiegelten eine auch in der Mehrheitsgesellschaft ausgeprägte Skepsis wider, die Proteste gegen die Klimapolitik sind ein von der Mehrheitsmeinung gestützter Aufruf zu mehr politischen Aktivitäten. Die Demonstrationen gegen die Corona-Politik gehen dagegen von einer Minderheit aus und finden in der Bevölkerung wenig Widerhall. Dort herrscht die Überzeugung vor, dass der Schutz von Leben und Gesundheit schwerer wiegen als wirtschaftliche Stabilität und Freiheitsrechte.
- Kern des Widerstands bildet eine kleine Gruppe von Systemgegnern und Systemgegnerinnen, deren ablehnende Haltung in allen drei Konfliktfeldern – Migrations-, Klima- und Corona-Politik – stark ausgeprägt ist. Gespeist wird diese Haltung durch die Wahrnehmung starker sozialer, wirtschaftlicher und politischer Deprivation, die in einem tiefen Misstrauen gegenüber allen politischen und gesellschaftlichen Institutionen ihren Ausdruck findet.
- Die Corona-Politik wird nicht nur von der Bevölkerung mehrheitlich gutgeheißen, sie ist auch maßgeblich verantwortlich für eine deutlich verbesserte Haltung der Bürger und Bürgerinnen zur Politik. Die Vorbehalte gegenüber den demokratischen Verhältnissen und den politischen Repräsentanten sind zwar nicht verschwunden, sie sind aber deutlich geringer geworden. Und abgenommen hat auch das Gefühl eigener Benachteiligung und mangelnder Responsivität der Parteien.
- Gewachsen ist in gleichem Maße das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die gesellschaftlichen und politischen Institutionen. Der Bundesregierung spricht heute wieder eine Mehrheit der Befragten das Vertrauen aus, was zu Jahresbeginn noch undenkbar schien. Auch die Legislative und die Judikative und auch die Medien verzeichnen einen deutlichen Vertrauensschub. Verbessert haben sich auch die Unterscheidbarkeit der Parteien und damit das Gefühl einer besseren Repräsentation eigener Interessen in der Politik.
- Der Ansehensgewinn von Politik ist auch und vor allem Ergebnis der Corona-Politik. Die Regierung bekämpfte sehr schnell und mit entschiedenen

Maßnahmen die erste Welle der Pandemie und sie reagierte rasch, zielgerichtet und meist im parteiübergreifenden Konsens auf die wirtschaftlichen Folgen der Einschränkungen des öffentlichen Lebens.

- Die Bürger und Bürgerinnen haben das Gefühl, dass sich Politik wieder erkennbar um das Wohl der gesamten Bevölkerung kümmert. Und das - zumindest im bisherigen Verlauf der Pandemie - ziemlich erfolgreich, wie die tagesaktuell verfügbaren Vergleichszahlen des Auslands bestätigen. Das verschafft ihr zusätzlich Glaubwürdigkeit. Die große Mehrheit der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen fühlt sich wieder gut regiert.
- An der 2017 festgestellten Dreiteilung der Gesellschaft in die mit den gesellschaftlichen Verhältnissen Zufriedenen, den Verunsicherten und den Enttäuschten hat sich wenig geändert, verändert hat sich allerdings der Grad der Enttäuschung und der Verunsicherung. Die Enttäuschung über die gesellschaftlichen Verhältnisse ist bei den *Missachteten Leistungsträgern* und der *Desillusionierten Arbeitnehmermitte* spürbar geringer geworden. Ihre persönliche Lebenssituation hat sich deutlich verbessert, ihre Sorgen über Zuwanderung und Kriminalität haben sich verringert. Dies korrespondiert mit einer verbesserten Einstellung zur Politik, die in der Pandemie-Bekämpfung wieder positiv als kontrollierende und kümmernde Instanz wahrgenommen wird.
- Anders sieht es bei den *Verunsicherten Leistungsindividualisten* und den *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfern* aus. Ihre Verunsicherung hat sich infolge der Verschlechterung ihrer persönlichen Lebenslage weiter verstärkt. Als weitaus jüngste Typen mit höchsten Elternanteilen treffen sie die Corona-bedingten Einschränkungen härter als andere. Häufig am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehend, verunsichern sie die möglichen Folgen der wirtschaftlichen Einschränkungen besonders stark, ihr Protest ist vor allem Ausdruck persönlicher Betroffenheit, spiegelt aber auch in dieser Gruppe weit verbreitete Vorbehalte gegen Politik und Medien wider.

Vorbemerkung

Anfang Januar 2020 wurde der Ausbruch einer neuen Epidemie in der chinesischen Stadt Wuhan publik, die unter der Bezeichnung „Corona-Virus“ schnell weit über China hinaus Aufmerksamkeit erzielte. Ende Januar strahlten die Fernsehsender weltweit Bilder aus der von der Außenwelt abgeschlossenen Stadt aus, gleichzeitig gab es erste Fälle von Corona-Infizierten in anderen Ländern, darunter auch in Deutschland. Ende Februar verdeutlichten die Bilder von zahlreichen Corona-Toten in der Lombardei, dass das Virus Europa erreicht hat. Schnell wurde klar, dass das Corona-Virus jeden Bürger und jede Bürgerin treffen kann, da niemand prinzipiell vor einer Ansteckung und möglichen gesundheitlichen Folgen gefeit ist. Spätestens seit Anfang März beschäftigte die Corona-Krise wie kein anderes Thema auch die Menschen in Deutschland. Themen mit ebenfalls globaler Bedeutung, die zuvor die politische Diskussion bestimmten, wie die Zuwanderung und der Klimawandel traten in den Hintergrund.

Seit März 2020 wird auch die Politik wesentlich bestimmt durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen. Zur Bekämpfung und Eindämmung der Pandemie wurden in bis dato unvorstellbarem Maße bestimmte Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt und Wirtschaft und Gesellschaft vorübergehend stark eingeschränkt. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die bundesdeutsche Gesellschaft durch eine starke Polarisierung geprägt war und die Bürger und Bürgerinnen der Politik und ihren Institutionen ausgesprochen reserviert gegenüberstanden. Anders als die Krisen und Diskurse zuvor und ungeachtet der gravierenden Folgen der Einschränkungen löst die Corona-Krise zwar heftige Proteste aus, aber sie führt bis heute nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und einer weiteren Entfremdung der Bürger und Bürgerinnen gegenüber der Politik. Das Gegenteil ist der Fall, was durch die Befunde der vorliegenden Studie belegt wird.

In einer 2017 bis 2019 von policy matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführten bevölkerungsrepräsentative Online-Panelstudie „Einstellung und Soziale Lebenslagen“² standen die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, ihre Ursachen und die Rolle der Politik in diesem Kontext im Mittelpunkt. Da anzunehmen war, dass die Corona-Krise Auswirkungen auf die gesellschaftliche Verfasstheit haben würde, lag es nahe, den vier bislang zwischen Januar 2017 und Januar 2019 realisierten Wellen eine weitere folgen zu lassen. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurde nun diese fünfte Welle realisiert. Ziel der Anschlussstudie ist es, zum einen die Wahrnehmung und Bewertung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, die Folgen für ihren Alltag und ihre Sicht auf die nähere Zukunft detailliert nachzuvollziehen. Darüber hinaus soll die Studie aber auch Aufschluss geben über die tiefergehenden Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft. Die

² „Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierungen“, Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Nr. 044, Juli 2017

Anlage als Panelstudie bietet dabei den großen Vorteil, dass solche individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf Personenebene nachvollziehbar sind.

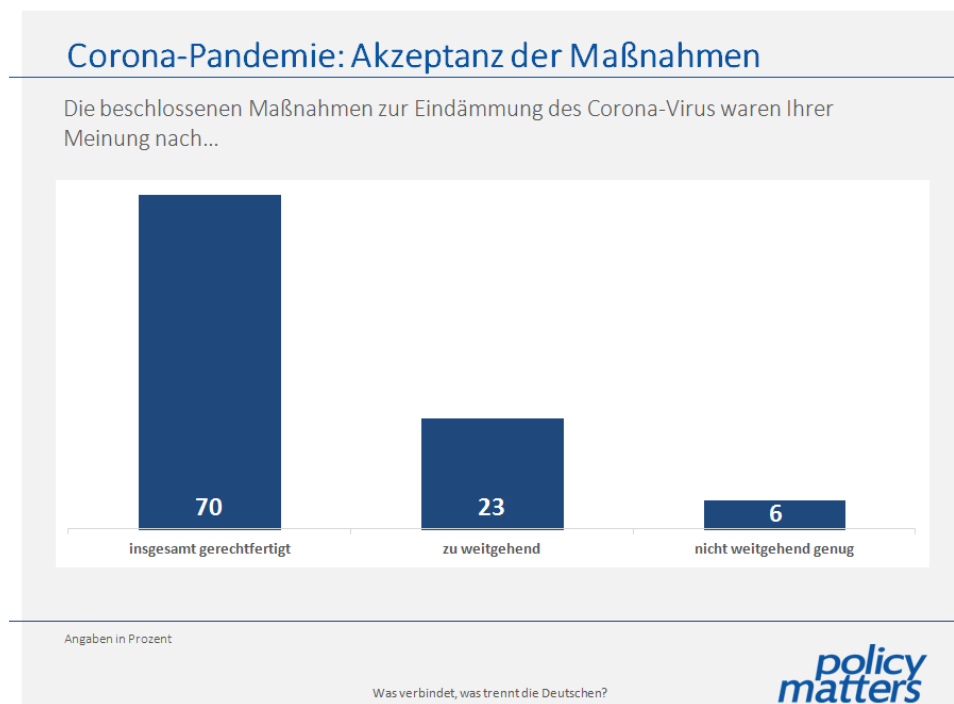
Die Studie basiert auf insgesamt wiederum auf einer bevölkerungsrepräsentativen Quotenstichprobe von 2920 Interviews mit wahlberechtigten Personen, worin auch 250 neu ins Panel aufgenommene 18-20-Jährige enthalten sind. Die Interviews wurden in dem Zeitraum vom 6. Juli bis 4. August 2020 durchgeführt.

1. Wahrnehmung der Corona-Maßnahmen

1.1 Akzeptanz der Maßnahmen

Wohl nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik gab es politische Entscheidungen und Maßnahmen mit stärkeren Einfluss auf Alltag und berufliche Situation der Bürger und Bürgerinnen als während der Corona-Krise. Als die Infektionen im März 2020 sprunghaft anstiegen, erwirkten Bundesregierung und Landesregierungen die Schließung von Schulen, Kitas und öffentlichen Einrichtungen und erließen weitreichende Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung, die bis in den Herbst 2020 noch Geltung haben, wie etwa die Einschränkung der Zuschauerbeteiligung bei Großveranstaltungen. Begründet wurden diese Restriktionen damit, die weitere Ausbreitung des Virus zu bekämpfen, eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern und vor allem Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

So massiv wie die alltagspraktischen Beschränkungen, so breit fällt aber die Zustimmung der Bevölkerung zu diesen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Umfrage aus³. Im Sommer 2020 halten 70 Prozent der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen die getroffenen Maßnahmen für berechtigt, weiter 6 Prozent hätten sich sogar noch weitreichendere Beschlüsse gewünscht. Nur knapp jeder Vierte bewertet die Beschlüsse als zu weitgehend⁴.

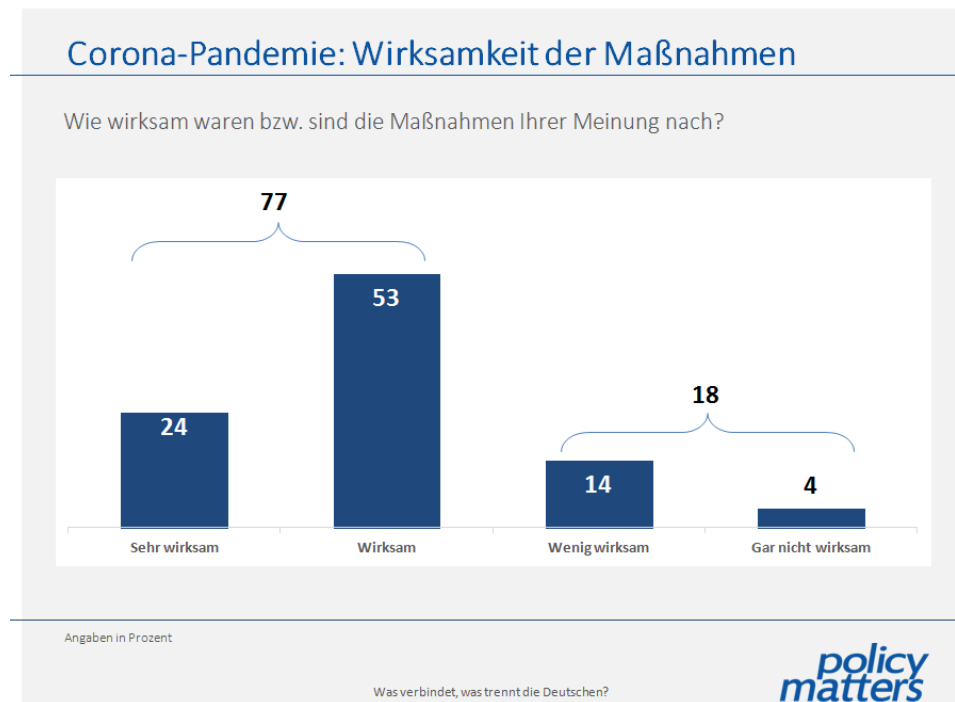


³ Die Zustimmung zu den Maßnahmen nahm zwar zu Beginn des 4. Quartals ab, allerdings angesichts wieder ansteigender Infektionszahlen zugunsten der Forderung nach schärferen Maßnahmen. Vgl. ZDF-Politbarometer Oktober II 2020 sowie infratest dimap ARD-Morgenmagazin Oktober 2020

⁴ Diese Gruppe wird ausführlich in Kapitel 1.4 beschrieben

1.2 Einschätzung ihrer Wirksamkeit

Die hohe Akzeptanz der Maßnahmen basiert wesentlich auf einer sehr positiven Einschätzung ihrer Wirksamkeit. Gut drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger sind von der Wirksamkeit der bis zum Sommer 2020 zum Schutz der Bevölkerung getroffenen Maßnahmen überzeugt. Nur 14 Prozent erachten diese Vorkehrungen als weniger und nur ganze 4 Prozent als gar nicht wirksam.

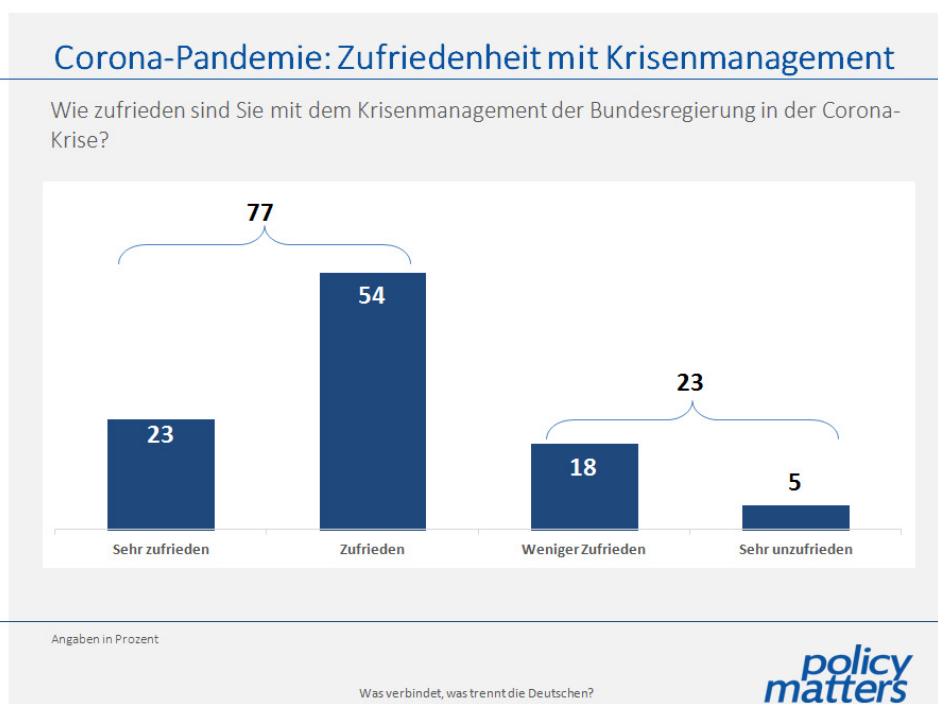


Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass sich nur 4 Prozent der Befragten kein Urteil über die Effektivität der Maßnahmen zutraut. Die Sicherheit des Urteils dürfte zum einen daran liegen, dass man die Wirksamkeit anhand fester, wissenschaftlich relativ fundierter Größen (Anzahl insgesamt Infizierter und täglich Neuinfizierter) ermessen konnte - Informationen dazu standen in den Medien täglich aktualisiert zur Verfügung. Entscheidend dürfte aber auch die Vergleichbarkeit der Effektivität im internationalen Maßstab sein, denn die jeweiligen Regierungen reagieren teils zeitverzögert und mit teils recht unterschiedlichen Maßnahmen auf die Pandemie. Und auch in diesem internationalen Vergleich schneidet Deutschland durchweg recht gut ab. Hinzu kommt, dass auch die Konsequenzen von ungenügenden oder zu spät getroffenen Entscheidungen nachvollziehbar sind. Die Fernsehberichte von überfüllten Krankenhäusern in der Lombardei bilden gleichsam die bebilderte Negativfolie im Kampf gegen das Virus.

1.3 Bewertung der Regierung und der beteiligten Ministerien

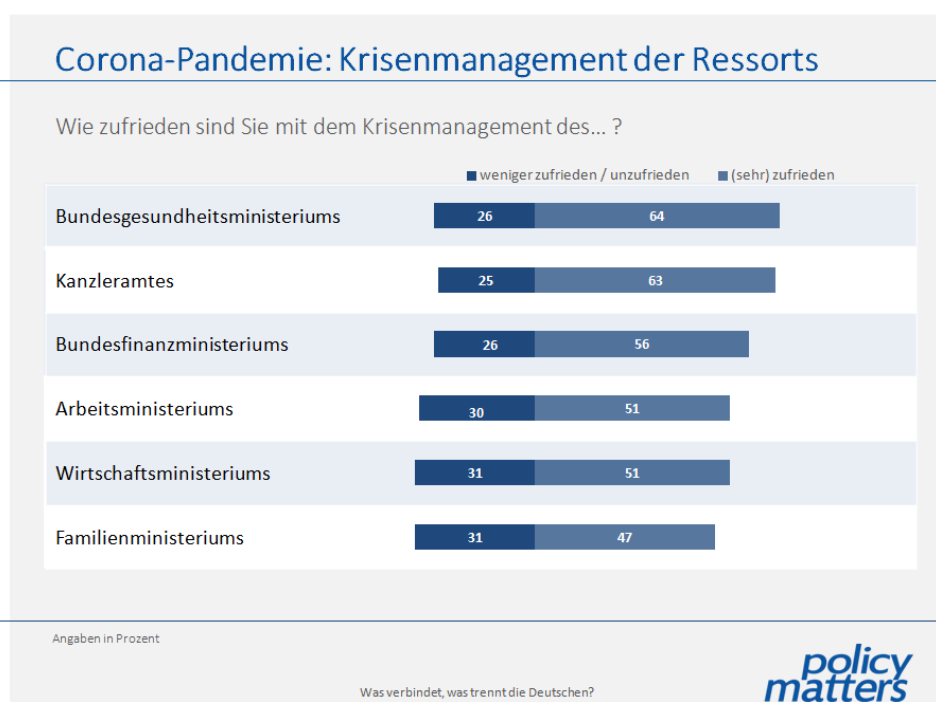
Zu Beginn der Krise fungierte die Bundesregierung eindeutig als Hauptakteur in der Eindämmung der Pandemie, und bis heute liegt bei ihr auch die Hauptlast in Bezug auf die Bekämpfung der negativen Folgen, die sich insbesondere aus dem Herunterfahren der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens ergaben. Selten waren politische Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger einschneidender und folgenreicher in ihren Auswirkungen.

Vor diesem Hintergrund ist die große Zufriedenheit mit dem bisherigen Umgang der Regierung mit der Krise doch sehr beachtlich. Drei von vier Bürgerinnen und Bürger bescheinigen der Bundesregierung ein gutes Krisenmanagement, ein Viertel ist sogar sehr zufrieden damit. Dies war bis vor kurzem noch völlig anders, denn sowohl mit ihrer Migrationspolitik als auch mit ihrer Klimapolitik stand die Regierung zuletzt stark in der Kritik, was sich in historisch niedrigen Zustimmungswerten ausdrückte.



An dem Krisenmanagement in Sachen Covid19 waren praktisch alle Ministerien beteiligt, allerdings in unterschiedlichem Umfang. Neben dem Bundeskanzleramt spielte von Beginn an das fachlich für die Eindämmung und Bekämpfung der Pandemie zuständige Bundesgesundheitsministerium eine zentrale Rolle. Den Beitrag beider Ressorts zur Bewältigung der Krise zu beurteilen, fühlen sich jeweils neun von zehn Bundesbürger und Bundesbürgerinnen in der Lage. Ihr Urteil fällt größtenteils positiv aus. Zwei Drittel sind jeweils zufrieden mit dem Krisenmanagement, jeder Sechste ist weniger zufrieden und nur jeder Zehnte äußert seine Unzufriedenheit mit der Arbeit des Kanzleramtes und des Bundesgesundheitsministeriums.

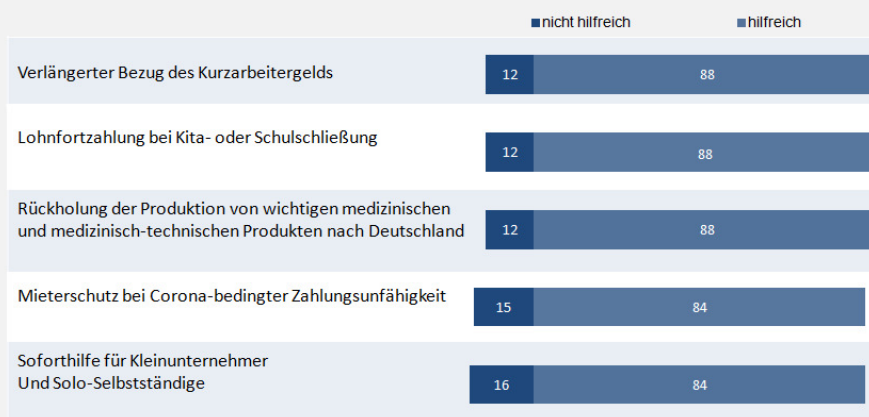
Je mehr aber die Bekämpfung der Folgen der Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Vordergrund rückte, desto mehr waren auch die Bundesministerien für Finanzen, für Wirtschaft, für Arbeit und Soziales sowie für Familie gefordert. Deren Beitrag zur Krisenbewältigung vermögen immerhin noch acht von zehn Befragte zu bewerten, und auch hier ist das Meinungsbild mehrheitlich positiv. Dem Bundesfinanzministerium bescheinigen 56 Prozent eine gute Arbeit, mit der Arbeit der Bundesministerien für Arbeit und Soziales und für Wirtschaft sind jeweils 51 Prozent, mit der des Bundesfamilienministeriums 47 Prozent zufrieden. Ausgesprochen unzufrieden äußert sich - wie schon beim Kanzleramt und beim Bundesgesundheitsministerium - wiederum nur jeder Zehnte.



Positiver noch als die Ressorts werden die einzelnen getroffenen Maßnahmen bewertet, insbesondere jene, die dazu beitragen, die negativen Folgen der Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens für die Bevölkerung abzumildern. Als besonders hilfreich werden die Wiedereinführung und die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sowie die Lohnfortzahlung bei Arbeitsausfall wegen Kita- bzw. Schulschließungen angesehen, aber auch der gewährte Mieterschutz bei Corona-bedingter Zahlungsunfähigkeit, die sehr schnell und vergleichsweise unbürokratisch bewilligten Soforthilfen für Kleinunternehmer und Kleinunternehmerinnen und Solo-Selbstständige sowie die Bonuszahlungen für Pflegeberufe. Auch die Rückholung der Produktion von wichtigen medizinischen und medizinisch-technischen Produkten nach Deutschland wird von einer großen Mehrheit begrüßt, versprechen sich die Bürgerinnen und Bürger dadurch doch eine sicherere und vor allem stabile gesundheitliche Versorgung.

Corona-Pandemie: Staatliche Maßnahmen

Halten Sie diese Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für... ?



Angaben in Prozent

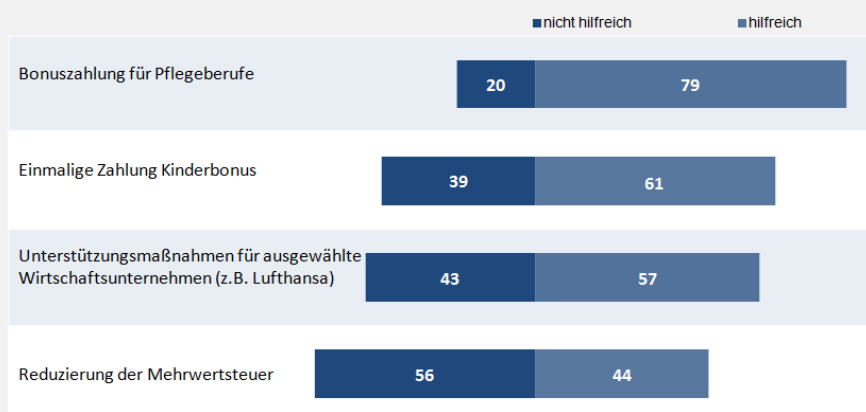
Was verbindet, was trennt die Deutschen?

Deutlich zurückhaltender wird der beschlossene einmalige Kinderbonus von 300 Euro für jedes Kind mit Kindergeldanspruch bewertet. Die Tatsache, dass die Zustimmungsrate mit 61 Prozent deutlich unter der der vorgenannten Leistungen liegt und selbst bei den betroffenen Familien nur 63 Prozent beträgt, dürfte daran liegen, dass zum Erhebungszeitraum noch keine Auszahlung erfolgt ist.

Auf die Unterstützungsmaßnahmen für größere Wirtschaftsunternehmen wie etwa Lufthansa oder TUI, die wegen der wirtschaftlichen Einschränkungen und Reisebeschränkungen in Not geraten sind, reagieren die Befragten eher gespalten. Eine knappe Mehrheit von 57 Prozent hält auch dies für hilfreich, 43 Prozent bestreiten die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen. Auf mehrheitlich kritische Resonanz stößt einzig die Reduzierung der Mehrwertsteuersätze für die Dauer eines halben Jahres. 37 Prozent sehen die Mehrwertsteuersenkung als wenig und 19 Prozent sogar als gar nicht hilfreich an.

Corona-Pandemie: Staatliche Maßnahmen?

Halten Sie diese Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für... ?



Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

policy matters

Das von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenpaket zur Milderung der Folgen der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft hat nach Überzeugung einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (65 Prozent) vor allem dazu beigetragen, die größten Notlagen zu mildern und unzumutbare Belastungen zu verhindern (57 Prozent). Ob dadurch die deutsche Wirtschaft langfristig stabilisiert und das Land in Zukunft vor vergleichbaren Krisen besser geschützt sein wird, darüber herrscht Uneinigkeit: die eine Hälfte der Befragten hält eine wirtschaftliche Stabilisierung für wahrscheinlich, die andere bezweifelt dies. Noch unklarer erscheint, ob diese Maßnahmen geeignet sind, den breiten Wohlstand der Bevölkerung langfristig zu sichern – eine knappe Mehrheit (56 Prozent) äußert Zweifel daran.

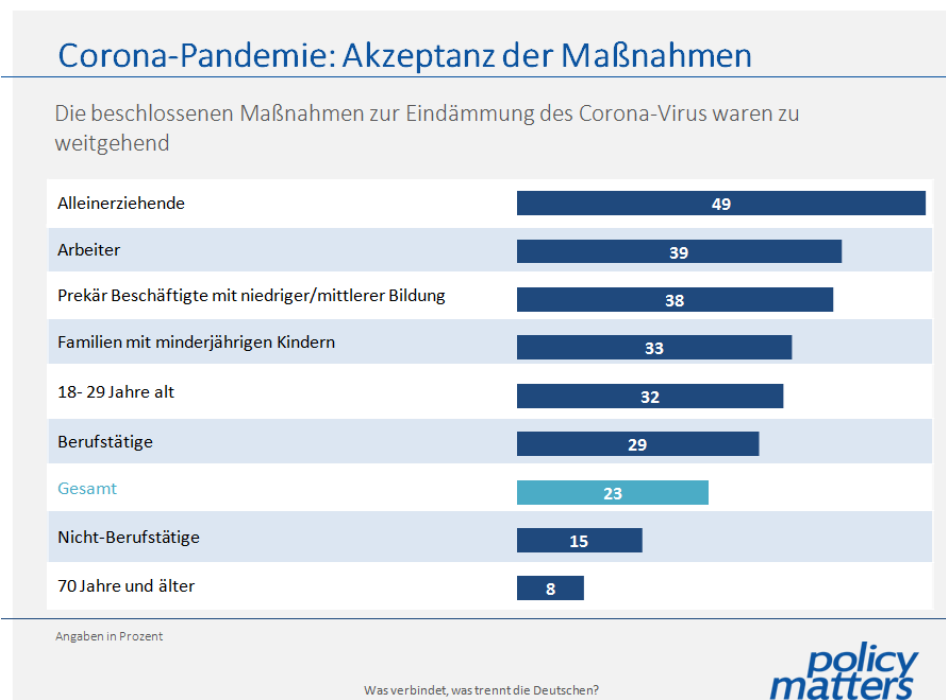
1.4 Unterschiedliche Reaktionen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

- Kritik an zu weitgehenden Maßnahmen sowie Skepsis gegenüber ihrer Wirksamkeit äußern überdurchschnittlich häufig jüngere Personen unter 50 Jahren (+ 7 Punkte) – und eng mit dem Alter korrelierend – Eltern minderjähriger Kinder (+ 10 / bei Alleinerziehenden sogar -26!) sowie Berufstätige (+ 6). Von den Berufstätigen sind es besonders häufig Arbeiter und Arbeiterinnen (+ 16), prekär Beschäftigte⁵ mit niedriger und mittlerer Bildung (+ 15) und Selbständige (+ 5). Widerspruch gegen die

⁵ Als prekär Beschäftigte werden hier Beschäftigte mit befristetem Arbeitsverhältnis bzw. einem Zeitarbeits- oder Leiharbeitsvertrag bezeichnet. Die Befunde deuten darauf hin, dass hierbei zwischen Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss einerseits und Personen mit niedriger und mittlerer Bildung andererseits unterschieden werden muss. Letztere erfahren ihre Arbeitssituation und ihre Lebensumstände als ausgesprochen schwierig, Abiturienten und Hochschulabsolventen mit zeitlich befristeten Verträgen oder Arbeitsverhältnissen erleben hingegen ihre Situation in der Regel nicht problematischer als der Durchschnitt der Beschäftigten, möglicherweise weil sie diese Beschränkungen als vorübergehend betrachten.

Einschränkungen werden vor allem auch bei jenen laut, deren Arbeitszeit sich durch Corona erhöht oder verringert hat (+ 13 bzw. + 17) sowie deren Einkommen sich durch Corona verringert oder erhöht hat. Häufiger kritisch zeigen sich zudem Arbeitslose (+ 5). Auch Angehörige unterer sozialer Schichten (+ 5) sowie diejenigen, die sich insgesamt als Verlierer (+ 8) der gesellschaftlichen Entwicklung betrachten, halten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie häufiger für unangemessen.

•



- Die größere Skepsis o.g. Bevölkerungsgruppen gegenüber den Maßnahmen und ihrer Wirksamkeit geht in der Regel auch mit einer etwas kritischeren Bewertung des Krisenmanagements der Bundesregierung einher.
- Die einzelnen Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung stoßen dagegen auf recht einheitliche Akzeptanz. Lediglich Personen, die sich selbst der Unterschicht zuordnen bzw. diejenigen, die sich als Verlierer bzw. Verliererin sehen, sind durchgehend kritischer in ihrer Beurteilung. Arbeitslose zeigen sich zudem häufiger ablehnend gegenüber Maßnahmen für die Wirtschaft. Umgekehrt ist bei älteren Personen die Akzeptanz von Kurzarbeitergeld sowie der Rückholung der Produktion von Medizinprodukten höher als bei anderen Gruppen.
- Wenn es aber um die Bewertung dieser Unterstützungsmaßnahmen geht, sind es wieder in etwa dieselben Bevölkerungsgruppen, die schon die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie als zu weitgehend kritisierten, die hier verhaltener reagieren als andere. Sie vertreten auch weniger häufig die Ansicht, dass durch die Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung die größten Notlagen gemildert und unzumutbare Belastungen verhindert werden: Eltern minderjähriger Kinder,

prekär Beschäftigte mit niedrigem oder mittleren Bildungsabschluss, Arbeiter und Arbeiterinnen, untere Einkommensgruppen, Personen, die sich der Unterschicht zuordnen oder sich als Verlierer bzw. Verliererinnen sehen. Die ab 60-Jährigen zeigen sich durchweg etwas optimistischer als Personen jüngeren oder mittleren Alters, das gleiche gilt für Männer im Vergleich zu Frauen.

2. Auswirkungen der Corona-Maßnahmen

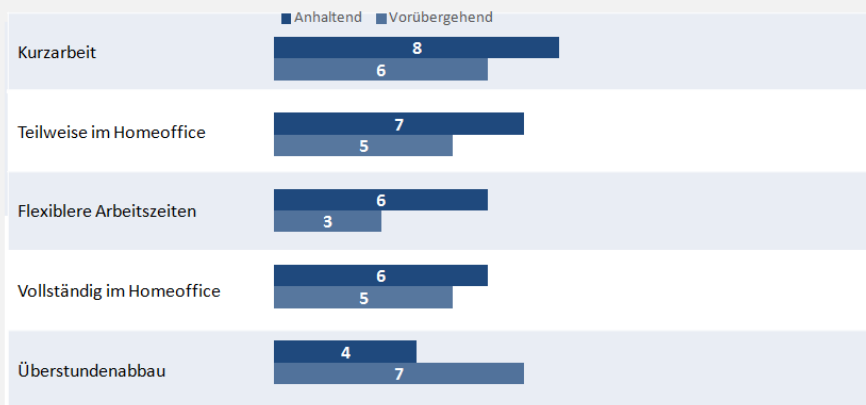
2.1 Auswirkungen auf den Arbeitsprozess

Der im März erlassenen Einschränkungen der Wirtschaft hatten massive Auswirkungen, völlig lahmgelegt hat er das Arbeitsleben in Deutschland nicht. Drei von zehn Beschäftigten berichten von Veränderungen ihrer Arbeitssituation – in erster Linie jüngere Jahrgänge, Personen mit einem höheren Ausbildungsniveau und auch Eltern mit minderjährigen Kindern. Besonders betroffen von den Veränderungen sind auch Personen in prekärer Beschäftigung (egal ob mit niedrigem oder höherem Schulabschluss), am wenigsten betroffen sind Beamte und Beamtinnen. Die weitaus stärksten Auswirkungen verzeichnen Selbständige: 56 Prozent berichten von Einkommens- bzw. der Umsatzeinbußen, dem stehen 9 Prozent gegenüber, bei denen Corona zu Einkommenserhöhungen führte.

Von Kurzarbeit waren nach eigenen Angaben 14 Prozent der Beschäftigten vorübergehend oder zum Zeitpunkt der Erhebung im Juli 2020 noch andauernd betroffen. Jeder zehnte berichtet von einem Überstundenabbau als Reaktion auf den reduzierten Arbeitsanfall, jeweils jeder Zwanzigste nutzte den Stillstand für Weiterbildungsmaßnahmen oder für einen Sonderurlaub. Vor allem aber reagierten ihre Betriebe oder Einrichtungen mit einer forcierten Digitalisierung, wie gut jeder Dritte Beschäftigte berichtet, von den Personen mit Hochschulabschluss sogar gut jeder Zweite. In der Coronakrise konnte die Digitalisierung zum Ausbau des Home-Office genutzt werden. Teilweise oder vollständig ins Homeoffice geschickt, wurde fast jeder Vierte, darunter überdurchschnittlich häufig jüngere Beschäftigte, Eltern mit minderjährigen Kindern, Personen mit Hochschulausbildung sowie höhere Verdienstgruppen.

Corona-Pandemie: Arbeitssituation

Beschäftigte: Hat sich im Zuge der Corona Krise Ihre Arbeitssituation verändert oder ist sie im Wesentlichen gleich geblieben?



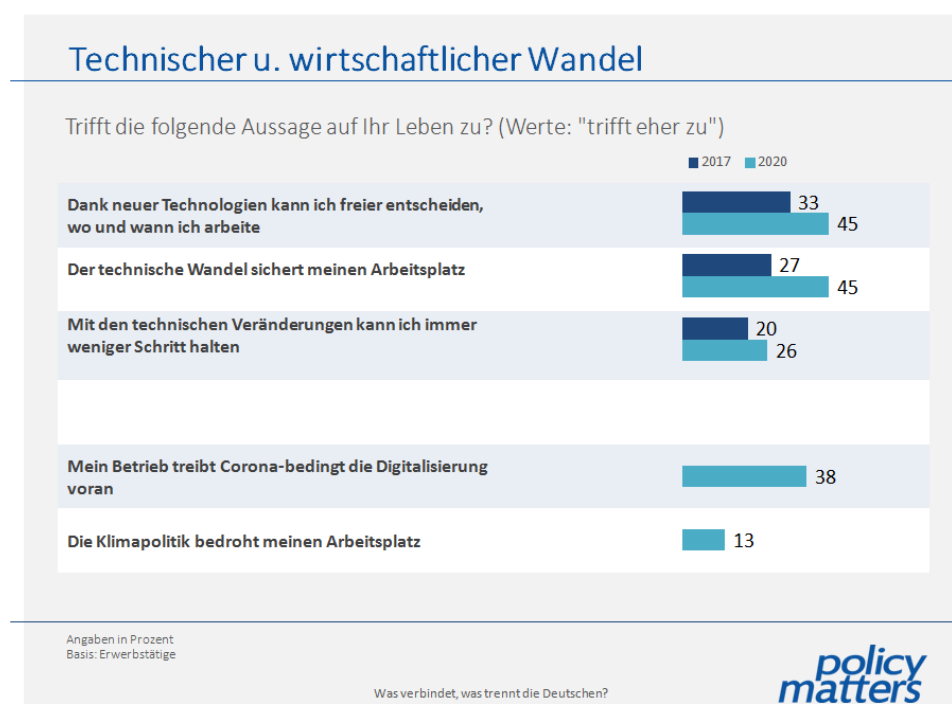
Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

Anders als Kurzarbeit oder Überstundenabbau dürfte die Ausweitung des Home-Office längerfristige Auswirkungen haben und den Trend zu einer fortschreitenden Digitalisierung der Arbeit auch über die Corona-Krise hinaus verstärken. Denn Home-Office bringt nicht nur finanzielle und organisatorische Vorteile für die Arbeitgeber, diese Form des Arbeitens wird auch von den Beschäftigten zunehmend als Bereicherung erfahren. Von denjenigen, die seit März in Home-Office arbeiten, bewerten 55 Prozent dies als eine überwiegend positive Erfahrung, nur 18 Prozent verbinden damit eher negative Wahrnehmungen. Bei 28 Prozent halten sich positive und negative Aspekte die Waage. Die jüngste Beschäftigtengruppe schildert ihre Erfahrung mit dieser Arbeitsform am kritischsten (+ 12 Punkte), während die 30 bis 39jährigen ihr äußerst positiv gegenüber stehen, nur 9 Prozent äußern hier Kritik. Eltern mit Kindern zeigen etwas mehr Vorbehalte gegenüber Home-Office als Personen ohne Kinder (21 gegenüber 16 Prozent).

Die Intensivierung des Home-Office hat offensichtlich dazu beigetragen, die Vorteile der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt stärker in den Blick zu rücken. In der ersten Welle der Panelstudie Anfang 2017 gaben 33 Prozent an, durch die Digitalisierung freier entscheiden zu können, wann und wo sie arbeiten, heute sind dies 45 Prozent. Nicht zuletzt die Erfahrung, dass sich durch Home-Office die Corona-bedingten Probleme und Engpässe ihrer Betriebe besser lösen ließen, dürfte dafür verantwortlich sein, dass heute der digitale Wandel weit stärker als noch vor drei Jahren als wichtige Voraussetzung für die Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes erfahren wird. 2017 sahen dies nur 27 Prozent der Beschäftigten so, heute sind es 45 Prozent, darunter vor allem Männer und Beschäftigte mit akademischen Abschlüssen, höhere Einkommensgruppen und auch etwas häufiger Personen, die einer selbständigen Tätigkeit nachgehen.

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt geht allerdings auch einher mit neuen Belastungen. So befürchtet heute jeder vierte Beschäftigte, mit den technischen Veränderungen nicht Schritt halten zu können – vor drei Jahren sorgte sich darüber nur jeder Fünfte. Von Anpassungsproblemen berichten insbesondere ältere Beschäftigte und Beschäftigte mit einfacher und mittlerer Bildung, untere Einkommensgruppen und soziale Schichten sowie prekär Beschäftigte und Arbeiter und Arbeiterinnen.

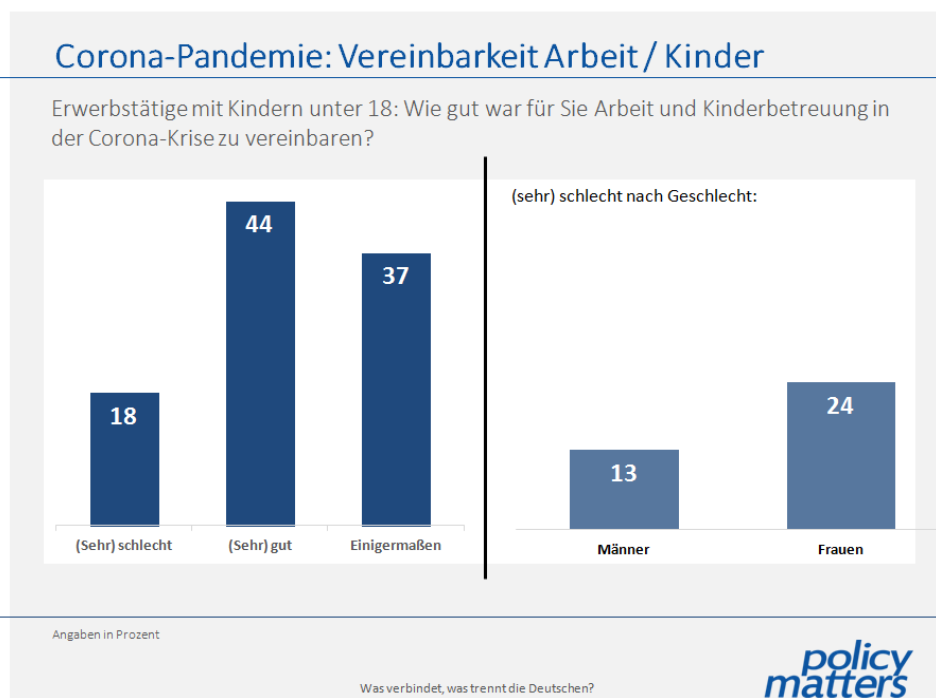


2.2 Auswirkungen für Familien

Die Corona-Pandemie brachte nicht nur für die Beschäftigten neue Herausforderungen, auch und vor allem für Familien war sie mit erheblichen Belastungen verbunden. Gut ein Siebtel der Befragten sind Eltern schulpflichtiger Kinder, die von der kurzfristig verfügbaren flächendeckenden Schließung der Schulen unmittelbar betroffen waren. Und betroffen waren auch die meisten Eltern von Kindern im Vorschulalter (11 Prozent), soweit ihre Kinder in Kitas betreut wurden. Nur ein Bruchteil der betroffenen Kinder (3 Prozent) konnte in einer Notbetreuung untergebracht werden, bei 8 Prozent der Familien konnte eine dritte Person für die erforderliche Kinderbetreuung einspringen. In den übrigen Fällen waren die Eltern mit der Betreuung auf sich alleine gestellt. Besonders hart traf es dabei die Alleinerziehenden. In einem Drittel der übrigen Fälle teilten sich die Eltern etwa gleichumfänglich die Betreuung der Kinder, vor allem mittlere Jahrgänge, Personen mit höherer Bildung, höherem Einkommen sowie Beamte und Beamtinnen. In gut der Hälfte der Fälle oblag die Hauptlast einem der beiden Ehepartner, wobei in den meisten Fällen die - meist ebenfalls berufstätigen - Frauen diese Aufgabe übernahmen. Stärker ausgeprägt waren diese klassischen

Rollenmuster bei den jüngsten Beschäftigtengruppen sowie bei Personen mit einfacher und mittlerer Bildung. Allerdings wurden in diesen Fällen die Frauen häufiger von Eltern unterstützt.

Knapp die Hälfte der berufstätigen Eltern hatte nach eigenen Angaben wenig bis keine Probleme mit der durch zusätzliche Belastungen und Stress geprägten Situation, ein weiteres Drittel konnte sich nach eigenem Bekunden mit den neuen Herausforderungen „einigermaßen“ arrangieren. Ein knappes Fünftel der berufstätigen Eltern kam mit der ungewohnten Situation nur schlecht (12 Prozent) oder sehr schlecht (6 Prozent) zurecht, darunter vor allem berufstätige Frauen, aber auch Ostdeutsche, für die eine außerhäusliche Kinderbetreuung häufiger als im Westen die Regel darstellt. Die Hälfte der Eltern (51 Prozent) empfand die ungewohnte Situation allerdings als belastend, wobei Mütter die zusätzliche Kinderbetreuung deutlich häufiger als „sehr belastend“ empfanden (23 Prozent) als Väter (9 Prozent). Überdurchschnittlich häufig klagten zudem Alleinerziehende (59 Prozent), und die beiden jüngsten Beschäftigtengruppen über Belastungen durch diese besondere Situation (30-39jährige 56 Prozent, 18-29jährige 69 Prozent).



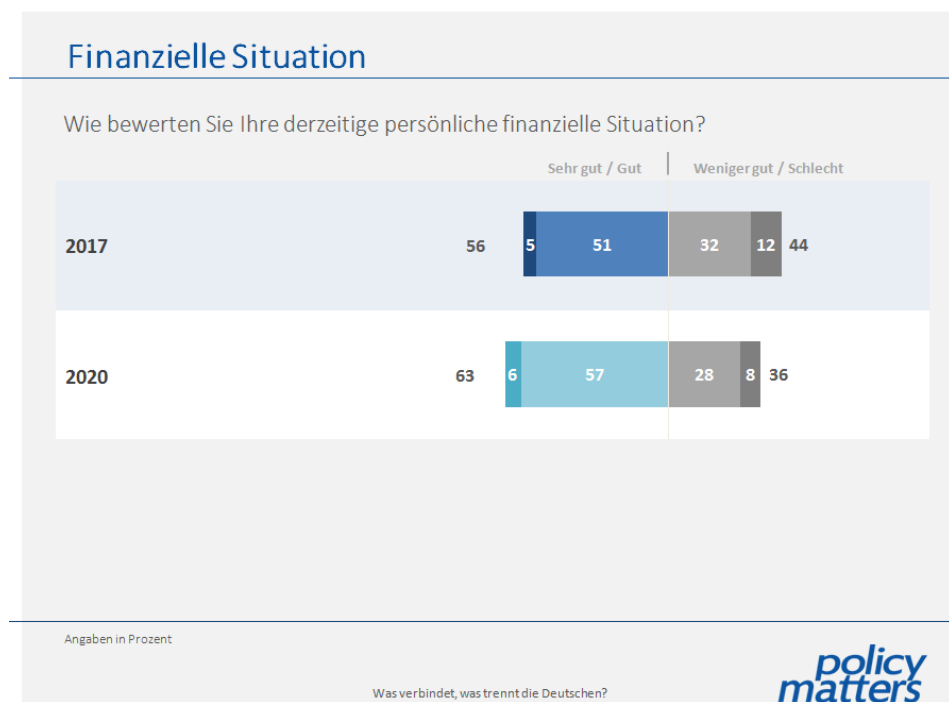
Bei Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen brachte Corona laut Angaben der Befragten zwar eher selten größere Veränderungen mit sich, allerdings berichteten auch hier weit häufiger Frauen als Männer von größeren Problemen, Arbeit und Pflege miteinander zu vereinbaren (18 gegenüber 5 Prozent). Auch scheint die neue Situation untere Einkommensgruppen (12:21 Prozent) sowie die „Sandwich-Generation“, die 30 bis 39Jährigen (12: 21 Prozent) deutlich stärker zu belasten.

3. Wahrnehmung der persönlichen Lebenssituation in Corona-Zeiten

3.1 Persönliche finanzielle Situation

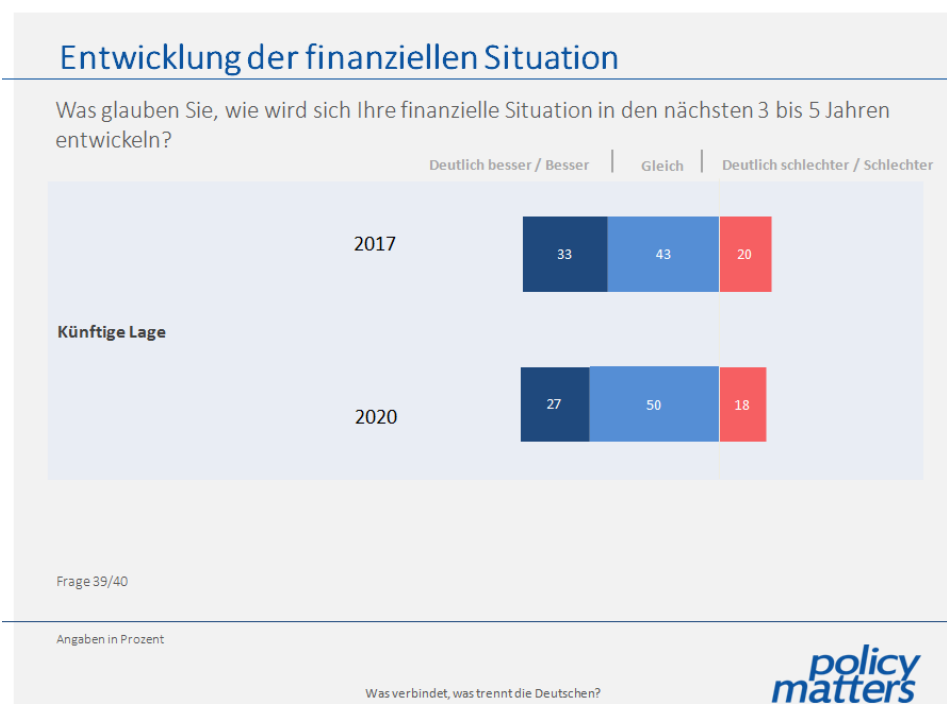
Die Pandemie traf die Deutschen zu einem Zeitpunkt wirtschaftlichen Aufschwungs und breiten Wohlstands. Aus der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise kam Deutschland weit besser heraus als die meisten anderen Länder. Die Löhne bewegen sich auf hohem, die Arbeitslosigkeit auf historisch niedrigem Niveau. Diese Entwicklung spiegelt sich in einer recht positiven Einschätzung der eigenen persönlichen Situation wider. Knapp zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger bewerten im Juli 2020 ihre finanzielle Situation als gut, ein gutes Viertel als weniger gut und nur 8 Prozent als ausgesprochen schlecht, darunter Frauen häufiger als Männer und vor allem die unteren Bildungs- und Einkommensschichten, Arbeiter und Arbeiterinnen, prekär Beschäftigte mit niedriger und mittlerer Bildung sowie Arbeitslose.

In den letzten drei Jahren haben sich damit die Lebensverhältnisse der Deutschen noch einmal spürbar verbessert: 2017 befanden 56 Prozent ihre materiellen Verhältnisse als gut und noch 12 Prozent als ausgesprochen schlecht.



Was die Entwicklung in den nächsten drei bis fünf Jahren betrifft, gehen drei von vier Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass sich ihre finanzielle Situation – ungeachtet des aktuellen wirtschaftlichen Einbruchs – kaum verändern wird, gut jeder Vierte geht sogar von einer weiteren Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse aus. Eine Verschlechterung befürchten nur 18 Prozent. Vor drei Jahren, mitten im wirtschaftlichen Aufschwung, fielen die Zukunftserwartungen sogar etwas schlechter aus als heute.

Trotz dieser positiven Entwicklung ist dennoch festzuhalten, dass Frauen, untere Einkommensgruppen, Personen, die sich im gesellschaftlichen Unten verorten sowie Arbeiter und Arbeiterinnen kaum Verbesserungen ihrer ohnehin schon vergleichsweise schlechten finanziellen Situation erwarten. Höhere Einkommensgruppen, Personen, die sich in der Oberschicht bzw. oberen Mittelschicht verorten, sowie Beamte und Beamtinnen rechnen überdurchschnittlich häufig noch mit weiteren Verbesserungen ihrer bereits guten finanziellen Situation.

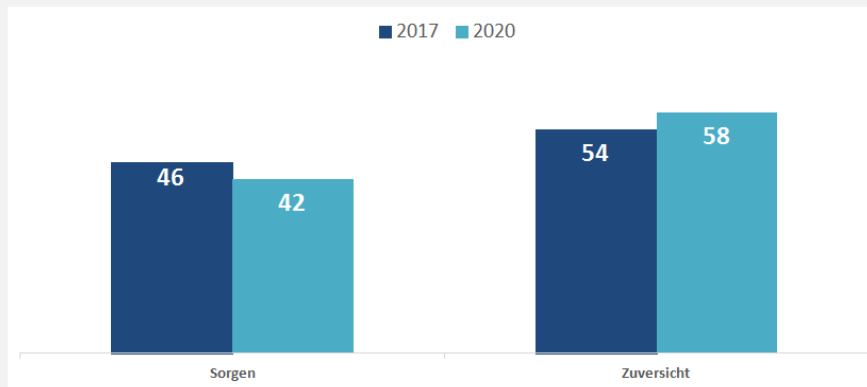


3.2 Persönlicher Sorgenhaushalt

Der angesichts der aktuellen Krise bemerkenswerte Zukunftsoptimismus beschränkt sich nicht nur auf die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse, insgesamt ist der Sorgenhaushalt der Deutschen die letzten Jahre noch einmal leicht gesunken. Sahen 2017 46 Prozent der Bürgerinnen und Bürger eher besorgt in ihre persönliche Zukunft, so sind es heute 42 Prozent.

Sorgen vs. Zuversicht

Persönliche Zukunft: Was überwiegt?



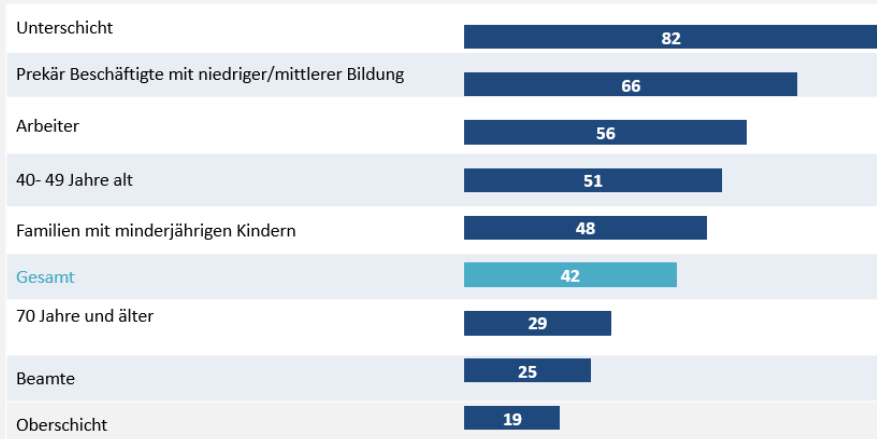
Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

Mehrheitlich Sorgen über ihre persönliche Zukunft machen sich von den verschiedenen Altersgruppen nur noch die 40-49jährigen und unter den Berufstätigen vor allem prekär Beschäftigten mit niedriger und mittlerer Bildung sowie die Arbeiter und Arbeiterinnen. Entscheidender noch ist die Schichtzugehörigkeit: in der Unterschicht überwiegen klar die Sorgen, in der Oberschicht hingegen in gleichem Maße die Zuversicht. Ausgesprochen optimistisch blicken auch die ältere Generation sowie Beamte und Beamtinnen in die Zukunft.

Sorgen vs. Zuversicht

Sorgen überwiegen bei...



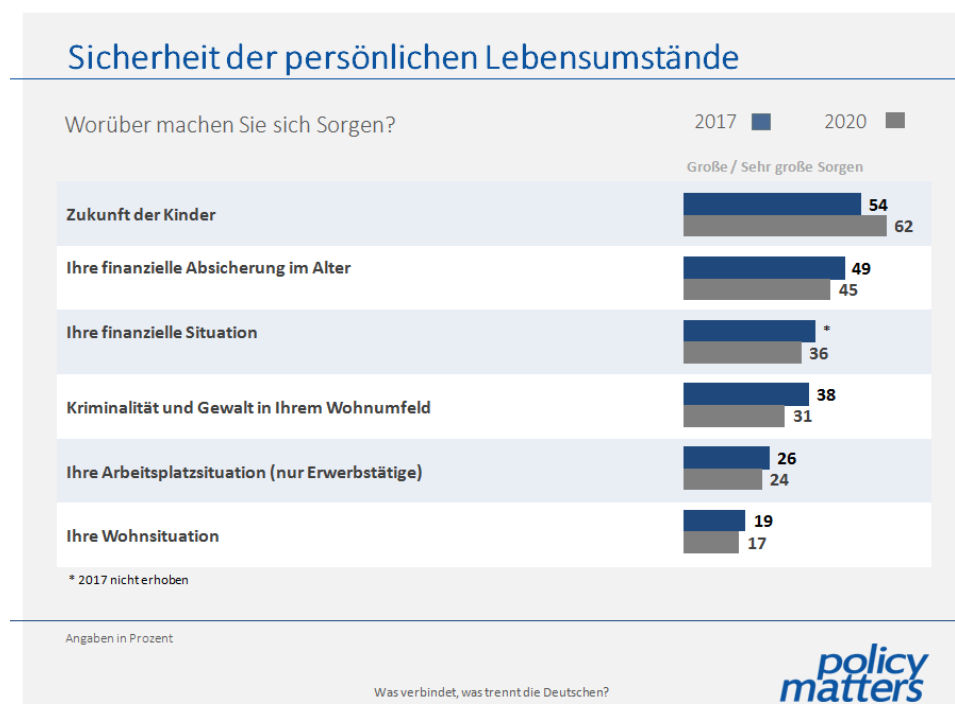
Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

Die gestiegene Zuversicht erstreckt sich auf alle Bereiche des persönlichen Lebens. Nach wie vor am meisten Sorgen bereitet den Bürgerinnen und Bürgern die finanzielle Absicherung im Alter (45 Prozent), gefolgt von der Sorge über ihre aktuelle finanzielle Situation (36 Prozent). In beiden Fällen ging aber auch der Anteil der Besorgten um vier Prozentpunkte zurück. Gegenüber 2017 am deutlichsten gesunken ist die Befürchtung, Opfer von Kriminalität und Gewalt zu werden (von 38 auf 31 Prozent).

Bemerkenswert ist auch, dass der durch die Pandemie ausgelöste Einbruch der deutschen Wirtschaft sich kaum in einer höheren Besorgnis um den eigenen Arbeitsplatz auswirkt. Machten sich vor drei Jahren, als die Wirtschaft noch boomte, 26 Prozent der Erwerbstätigen Sorgen um ihre Arbeitsplatzsituation, sind es heute 24 Prozent. Anders als vor drei Jahren fürchten heute allerdings Höherqualifizierte in gleichem Maße um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes wie Erwerbstätige mit geringerer Qualifikation. Negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden im Übrigen nicht nur wegen der Pandemie befürchtet, knapp jeder Dritte ist auch der Ansicht dass die fortschreitende Globalisierung mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue schafft. Diese Befürchtung teilen vor allem Arbeiter und Arbeiterinnen, Personen mit geringem Einkommen und Arbeitslose Und gut jeder Zehnte Beschäftigte sieht darüber hinaus den eigenen Arbeitsplatz durch die Klimapolitik bedroht, darunter insbesondere prekär Beschäftigte, Selbständige und Eltern minderjähriger Kinder.

Deutlich verbreiteter als die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz ist die Sorge vor einer gesundheitlichen Beeinträchtigung⁶, die jeder Dritte teilt, Frauen im Übrigen etwas häufiger als Männer und Geringqualifizierte häufiger als Höherqualifizierte.



In einem einzigen Bereich ist eine signifikante Verschlechterung zu verzeichnen. Bei den Eltern Minderjähriger ist die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder, die sie schon 2017 am meisten umtrieb, noch dominanter geworden: ein Anstieg von 54 auf 62 Prozent. In die durch Corona noch verstärkten Sorgen der Eltern um eine gute schulische Ausbildung und die beruflichen Chancen ihrer Kinder dürften sich auch Unsicherheiten in Bezug auf den Klimawandel und die allgemeine Weltlage mischen.

Nach soziostrukturellen Gruppen zeigen sich folgende Besonderheiten in den jeweiligen Sorgenhaushalten:

- Frauen haben durchweg größere Sorgen als Männer, besonders stark sind die Unterschiede im Hinblick auf die Betreuungssituation der Kinder (43:29).
- Ostdeutsche sorgen sich generell etwas stärker als Westdeutsche, die größten Unterschiede manifestieren sich bei den Sorgen über unzureichende Kinderbetreuung (42:34) und die Kriminalitätsentwicklung (39:29).
- Jüngeren Altersgruppen bereitet die Zukunft ihrer Kinder (+ 11) und deren Betreuungssituation (+ 9) die größten Sorgen, während die Sorgen der mittleren Altersgruppen ebenfalls auf die Betreuungssituation ihrer Kinder (+ 7), vor allem aber

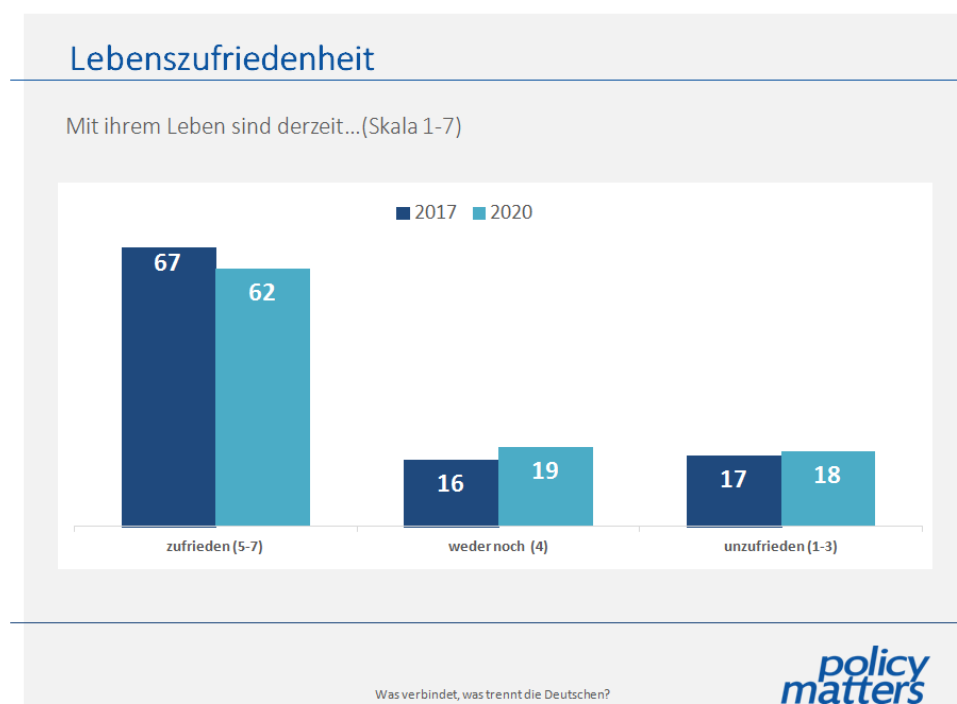
⁶ Dieser Aspekt wurde 2017 nicht erhoben

auf die eigene finanzielle Absicherung im Alter (+11) und die Kriminalitätsentwicklung (+10) gerichtet sind.

- Überdurchschnittlich häufig sorgen sich auch untere Einkommensgruppen, Prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Selbständige um ihre finanzielle Absicherung im Alter. Sie treibt zudem die Sorge über die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes in besonderer Weise um.

3.3 Lebenszufriedenheit

Gegenläufig zur verbesserten ökonomischen Situation und zum verbreiteten Zukunftsoptimismus ist die allgemeine Lebenszufriedenheit etwas gesunken. Vor drei Jahren gaben noch 67 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein, heute bekunden dies nur noch 62 Prozent. Dies überrascht nicht weiter, war und ist doch die Corona-Pandemie für die Menschen mit bis dato unbekanntem und auch kaum für möglich gehaltenen Einschränkungen des täglichen Lebens und vor allem der persönlichen Kontakte verbunden. Gestiegen ist allerdings nicht der Anteil der Unzufriedenen, der mit 18 Prozent etwa auf dem Niveau von 2017 verharrt. Zugenommen hat vor allem der Anteil derer, bei denen sich Zufriedenheit und Unzufriedenheit die Waage halten – eher wohl ein Ausdruck der Ungewissheit, was die nächste Zukunft bringen wird.

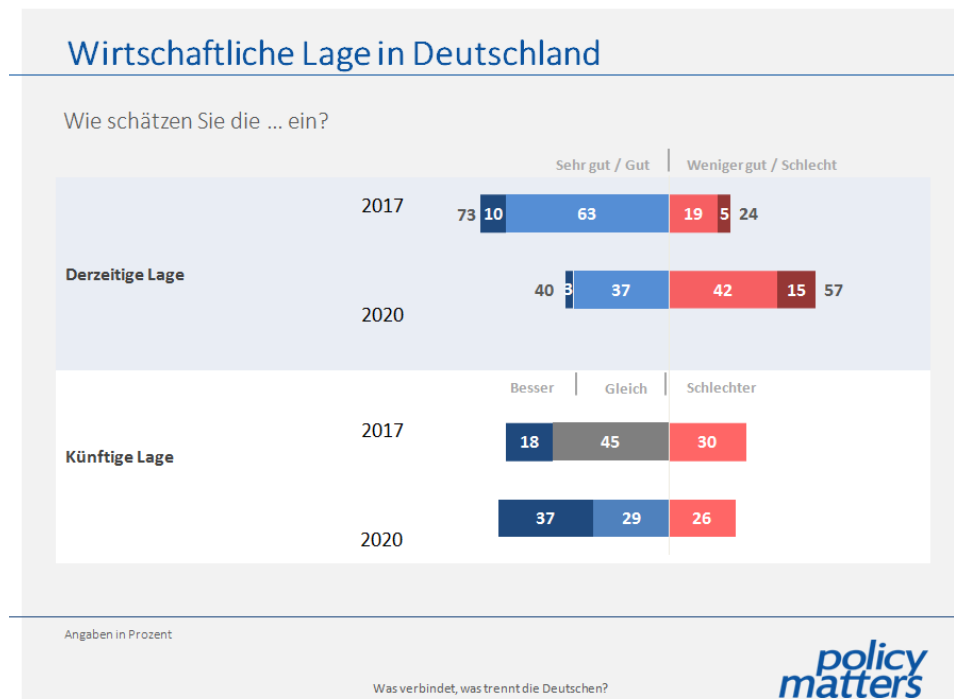


Die höchste Lebenszufriedenheit zeigt die älteste Altersgruppe, die über 70jährigen, die geringste die 40 bis 49jährigen. Überdurchschnittlich unzufrieden mit ihrem Leben sind untere Einkommensgruppen, Personen, die sich der Unterschicht zurechnen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Prekär Beschäftigte mit niedriger und mittlerer Ausbildung und - besonders ausgeprägt - Arbeitslose.

4. Einschätzung der Pandemie-Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft

4.1 Auswirkungen auf die Wirtschaft

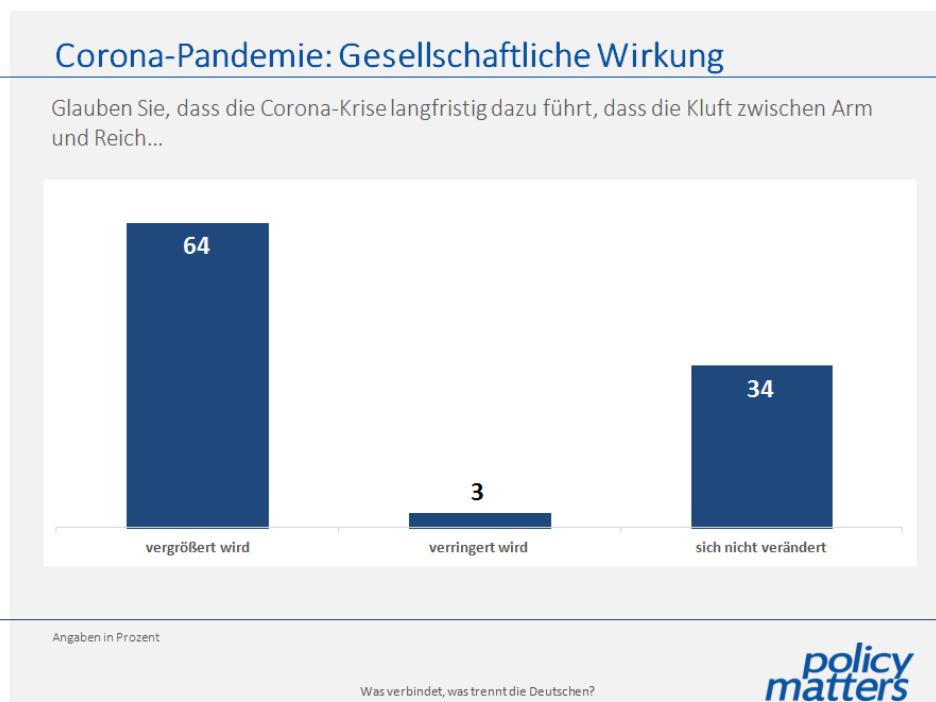
Die optimistische Sicht auf die künftige Entwicklung der eigenen persönlichen Situation bedeutet keineswegs, dass die manifesten wirtschaftlichen Probleme nicht wahrgenommen werden. Eine Mehrheit bewertet die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland als „weniger gut“ (42 Prozent) oder sogar als „schlecht“ (15 Prozent). Erstaunlich aber doch, dass immerhin vier von zehn Bürger und Bürgerinnen die Lage als „gut“ bewerten. Der darin zum Ausdruck kommende Optimismus findet seinen Ausdruck auch in der Erwartung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren: eine Verschlechterung befürchten nur 26 Prozent und damit sogar etwas weniger als noch vor drei Jahren.



Frauen und mittlere Jahrgänge, Eltern minderjähriger Kinder, untere Einkommensgruppen und untere gesellschaftliche Schichten sowie Arbeiter und Arbeiterinnen und Selbständige bewerten die aktuelle wirtschaftliche Lage kritischer und sind zugleich skeptischer, was die weitere wirtschaftliche Entwicklung betrifft. Höhere Einkommensgruppen, höhere gesellschaftliche Schichten und Beamte und Beamtinnen dagegen sehen die aktuelle wirtschaftliche Lage positiver und sind optimistischer im Hinblick auf die Zukunft.

4.2 Auswirkungen auf das Sozialgefüge

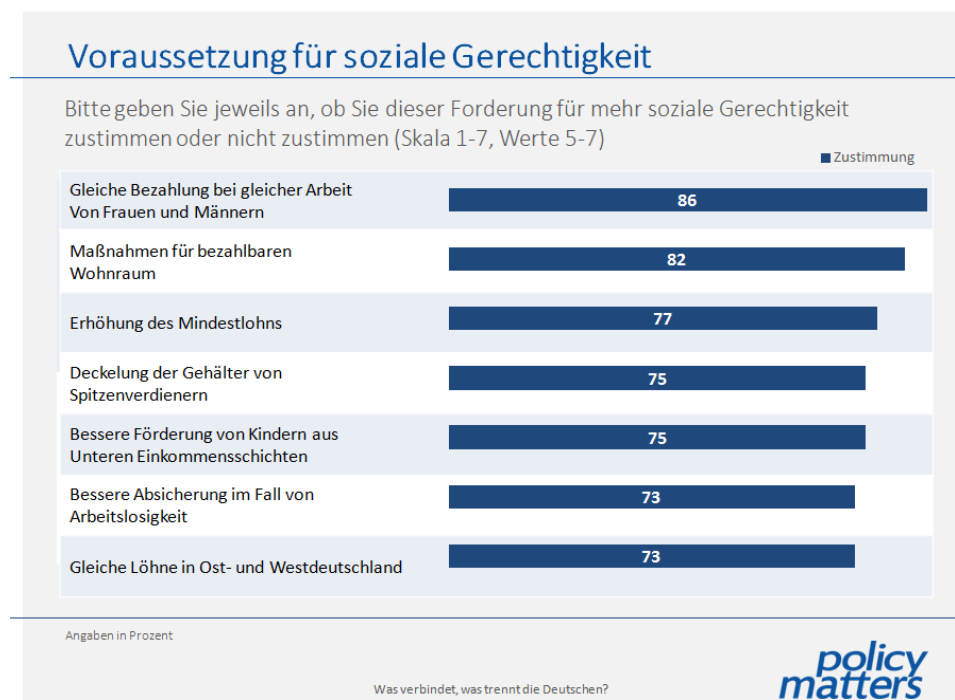
Die Mehrheit der Deutschen schließt zwar einen Einbruch der deutschen Wirtschaft aus und befürchtet auch kaum persönliche finanzielle Einbußen, doch sind im Hinblick auf die gesellschaftliche Verfasstheit die Sorgen groß: Zwei Drittel der Deutschen befürchten, dass die Corona-bedingten Beschränkungen von Wirtschaft und Schulen mit einer Verstärkung der sozialen Ungleichheit einhergehen. Ein Drittel erwartet hier keinerlei Veränderungen, an eine Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich glaubt nur eine kleine Minderheit von drei Prozent, zumeist jüngere Personen.



Von insgesamt zwölf den Befragten vorgelegten Maßnahmen zum Erhalt oder zur Steigerung sozialer Gerechtigkeit finden zehn Vorhaben mehrheitliche Zustimmung. Den höchsten Zuspruch erhalten Forderungen nach mehr Leistungsgerechtigkeit, so die Angleichung der Gehälter von Männern und Frauen (86 Prozent Zustimmung), die Erhöhung des Mindestlohns (77 Prozent), die Deckelung von Spitzengehältern (75 Prozent) sowie die Lohnangleichung zwischen Ost und West (73 Prozent). Zur Forderung nach mehr Leistungsgerechtigkeit passt offensichtlich weniger die Forderung nach einer Erhöhung der Hartz-IV-Bezüge. 49 Prozent sehen darin einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit, knapp jeder Dritte (29 Prozent) verneint dies.

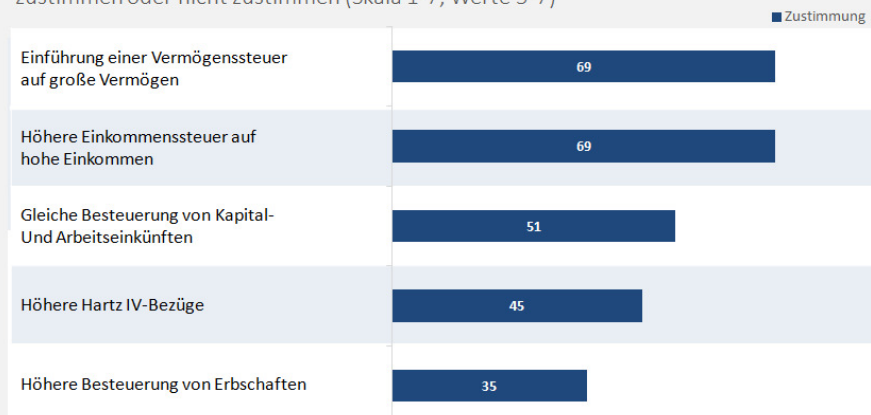
Auf hohen Zuspruch treffen auch Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit (75 Prozent) sowie zur sozialen Absicherung, wie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (82 Prozent) und der höhere Schutz im Fall von Arbeitslosigkeit (73 Prozent). Zwar immer noch mehrheitliche, aber etwas geringere Akzeptanz finden Vorhaben zur Schaffung von mehr Verteilungsgerechtigkeit. Eine Besteuerung großer Vermögen sowie eine Steuererhöhung für

hohe Einkommen (jeweils 69 Prozent) treffen nicht nur bei Personen, die sich selbst eher der Unterschicht zurechnen, auf hohe Zustimmung (80 bzw. 75 Prozent), sie werden sogar von 60 Prozent der Zielgruppe solcher Maßnahmen, Personen mit höherem Einkommen und der Oberschicht, gutgeheißen. Einzig bei der Besteuerung von Erbschaften überwiegt die Ablehnung (40 Prozent) die Zustimmung (35 Prozent) – interessanterweise bei Angehörigen aller sozialen Schichten. Diese skeptische bis ablehnende Grundhaltung gegenüber der Erbschaftssteuer ist ein Befund, der bereits bei früheren Erhebungen immer wieder gemessen wurde.



Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit

Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie dieser Forderung für mehr soziale Gerechtigkeit zustimmen oder nicht zustimmen (Skala 1-7, Werte 5-7)



Angaben in Prozent

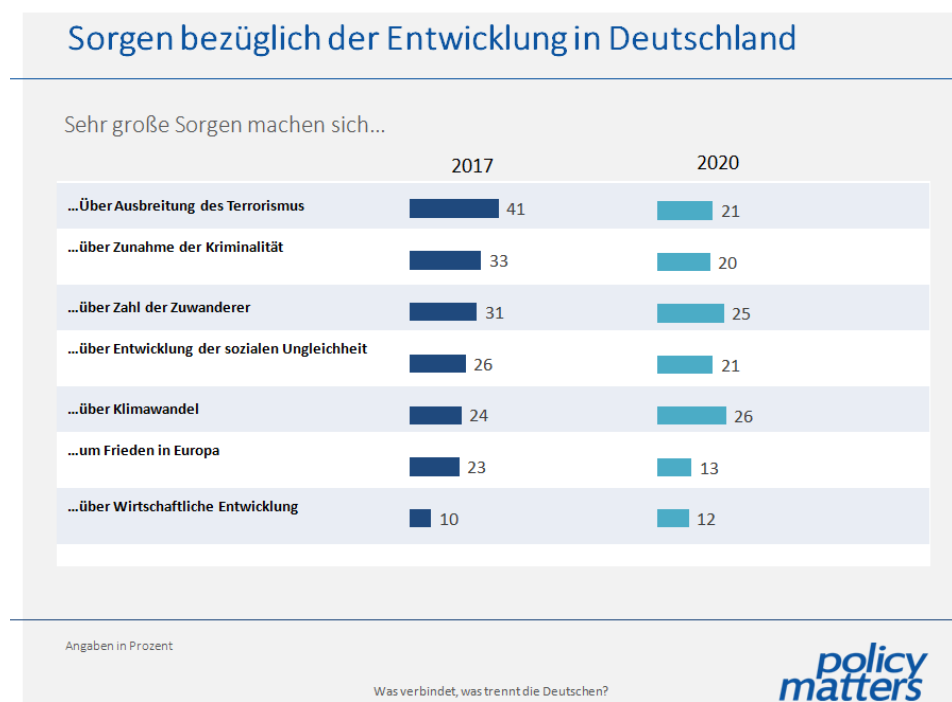
Was verbindet, was trennt die Deutschen?

4.3 Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Sorgenhaushalt und die politische Agenda

Die größten Sorgen machte sich die deutsche Bevölkerung 2017 um die Ausbreitung des Terrorismus, die Zunahme von Kriminalität und um die anhaltend hohe Zuwanderung. Deutlich dahinter rangierten die Sorgen um die Entwicklung sozialer Ungleichheit, um den Klimawandel und um den Frieden in Europa. 2017 befand sich die deutsche Wirtschaft im Aufschwung, entsprechend wenig Sorgen bereitete den Deutschen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes („sehr große Sorgen“ 10 Prozent). Seit März 2020 haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen gravierend verändert, das Bruttosozialprodukt sank im 2. Quartal 2020 um 10 Prozent – zum Vergleich: während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 waren es knapp 5 Prozent. Trotz des wirtschaftlichen Einbruchs macht sich nur gut jeder Zehnte „sehr große“ Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung – ein Anstieg von nur zwei Prozentpunkten gegenüber 2017. Damit rangiert die ökonomische Entwicklung im Sorgenhaushalt der Deutschen weiterhin weit unten. Wie in Kapitel 4.1 gesehen, setzen die Deutschen großes Vertrauen in die deutsche Wirtschaft, wie schon in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009, diese Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

In ökonomischer Hinsicht bleibt also der Sorgenhaushalt relativ stabil, in den meisten anderen 2017 erhobenen Bereichen nahm er sogar deutlich ab. Insbesondere in Bezug auf die innere Sicherheit hat sich die Stimmung im Land spürbar entspannt. Die Angst vor Terrorismus und vor steigender Kriminalität ist heute deutlich geringer als vor drei Jahren, und an Bedeutung verloren hat auch das Thema Migration. Nicht nur die Sorge um die innere Sicherheit hat abgenommen, auch der Anteil derjenigen, die eine Bedrohung der

äußeren Sicherheit wahrnehmen, hat sich gegenüber 2017 halbiert. Und selbst der im Zusammenhang mit Corona befürchtete Anstieg sozialer Ungleichheit versetzt die Bürgerinnen und Bürger zumindest aktuell nicht in allzu große Sorge. Einzig im Hinblick auf den Klimawandel ist ein leichter Anstieg der Sorgen erkennbar. Sensibilisiert durch milde Winter und trockene Sommer und nicht zuletzt durch die „fridays for future“-Bewegung erscheint offenbar die Gefährdung unserer Umwelt durch den Klimawandel realer als noch vor wenigen Jahren.



Die Veränderung des Sorgenhaushalts schlägt sich auch in einer drastischen Änderung der Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik nieder. Vor drei Jahren dominierten die politische Prioritätenliste noch Handlungserwartungen im Hinblick auf die Verbesserung der inneren Sicherheit, heute dagegen gilt die Klimapolitik als klar wichtigstes Aufgabenfeld. 36 Prozent der Deutschen - exakt doppelt so viele wie 2017 – erwarten heute von der Politik vor allem Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Das Thema Terrorismusbekämpfung, das 2017 mit 38 Prozent der Nennungen noch klar als wichtigste Aufgabe angesehen wurde, tangiert die Deutschen heute weit weniger und liegt mit 17 Prozent nur an achter Stelle der Agenda. Immer noch auf Platz zwei, wenngleich mit geringerer Relevanz, rangiert mit 25 Prozent der Nennungen die Forderung nach einer Begrenzung der Zuwanderung. Ähnlich verhält es sich mit der Bekämpfung der Kriminalität, die ebenfalls etwas an Dringlichkeit verloren hat, aber nach wie vor unter den TOP 4 der wichtigsten Aufgaben zu finden ist. Einen Rang eingebüßt hat das Thema soziale Gerechtigkeit, allerdings gehört auch und gerade in Zeiten von Corona die Erwartung, die soziale Ungleichheit in erträglichen Grenzen zu halten, zu den vordringlichen Forderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik.

An Relevanz gewonnen hat auch die Erwartung an die Politik, weiterhin wirtschaftliche Stabilität in Deutschland zu gewährleisten. Hier haben sich die Nennungen auf 14 Prozent verdoppelt, allerdings liegt die Forderung nach einer aktiven Wirtschaftspolitik weiterhin nur an neunter Stelle. Davor rangieren zwei Themen, die neu auf der Liste aufgenommen wurden: die Mietpreisentwicklung und die Bekämpfung der Corona-Pandemie (jeweils 18 Prozent Nennungen).



Im Hinblick auf die aktuellen gesellschaftlichen Sorgen und die Forderungen an die Politik zeigen sich einige soziostrukturelle Besonderheiten:

- Frauen sorgen sich häufiger als Männer um den Klimawandel, die Mietpreisentwicklung, die Ausbreitung von Corona, der Umfang der Zuwanderung, die wirtschaftliche Entwicklung sowie über die Folgen der technologischen Veränderungen für unsere Gesellschaft.
- Die Sorgen über den Klimawandel teilen auch die jüngste Altersgruppe sowie die ab 50Jährigen in überdurchschnittlicher Weise. Die 18 bis 29Jährigen äußern sich zudem häufiger besorgt über die Mietpreisentwicklung, die 30 bis 50Jährigen häufiger über die wirtschaftliche Entwicklung und die Folgen der technologischen Entwicklung für die Gesellschaft, 40 bis 69 Jährige sorgen sich verstärkt über die Entwicklung sozialer Ungleichheit und die Zuwanderung, ab 50 Jährige überdurchschnittlich häufig über die weitere Ausbreitung von Corona.
- Untere Einkommensgruppen, Personen, die sich der Unterschicht sowie der unteren Mittelschicht zuordnen, Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Arbeitslose beschäftigen stärker die sozialen Themen Entwicklung sozialer Ungleichheit sowie

Mietpreisentwicklung, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung, der Umfang der Zuwanderung sowie die Folgen technologischer Veränderungen für unsere Gesellschaft. Die Sorge über den Klimawandel ist bei Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Arbeitslosen dagegen unterdurchschnittlich ausgeprägt.

- Arbeitslose und prekär Beschäftigte mit niedriger oder mittlerer Bildung treibt der fehlende Zusammenhalt in der Gesellschaft stärker um. Die meist jüngeren prekär Beschäftigte sorgen sich zudem stärker um den Klimawandel. Die Mietpreisentwicklung sowie die Folgen technologischer Veränderungen für unsere Gesellschaft beunruhigen prekär Beschäftigte unabhängig vom Bildungsgrad .
- Selbständige sorgen sich häufiger über die wirtschaftliche Lage und die Folgen technologischer Veränderungen für unsere Gesellschaft.
- Wie schon bei den persönlichen Sorgen präsentieren sich Beamte und Beamtinnen auch bei den gesellschaftlichen Sorgen als überdurchschnittlich sorgenfrei. Das gilt auch für die besser verdienenden und höher gebildeten Gruppen – mit einer Ausnahme: Personen mit Abitur bzw. Hochschulabschluss zeigen sich besonders besorgt über den Klimawandel.

Entsprechend hoch ist die Erwartung an die Politik, den Klimawandel einzudämmen, bei den 18 bis 29Jährigen, Bessergebildeten, Besserverdienenden, den Angehörigen höherer Schichten und bei Beamten und Beamtinnen. Eine Begrenzung der Migration fordern dagegen vor allem die 40 bis 69Jährigen, Personen mit einfacher und mittlerer Bildung, mittlerem Einkommen sowie Arbeiter und Arbeiterinnen.

5. Gesellschaftliche Polarisierung

5.1 Veränderung bei den politischen Konfliktlinien

Im Zuge der Konzentration der politischen Debatte auf Aspekte der inneren Sicherheit und vor allem der Migration hatten sich seit 2015 die politischen Gegensätze in der deutschen Gesellschaft deutlich verschärft. Diese Polarisierung der Gesellschaft scheint sich mit Verschiebung der Aufmerksamkeit weg von der inneren Sicherheit infolge des Rückgangs der Zuwanderung, aufgrund der verbesserten Lebenslage der Bevölkerung sowie einer veränderten Wahrnehmung von Politik (siehe Kapitel 7) abzuschwächen.

Vor drei Jahren stand im Hinblick auf das Thema Zuwanderung ein deutlich größeres skeptisches Lager einem kleinen, affinen Lager gegenüber. Heute ist das skeptische Lager deutlich kleiner, das affine Lager sowie die Gruppe der Unentschiedenen etwas größer geworden. Vor drei Jahren sprach sich noch eine knappe Mehrheit dafür aus, dass der Staat zum Schutz der Sozialsysteme einen weiteren Zuzug von Ausländern und Ausländerinnen unterbinden solle, nur jeder Fünfte hielt dagegen eine Förderung von Migration zur Sicherung des Wohlstands der eigenen Bevölkerung für sinnvoll. Rein quantitativ betrug die Differenz der beiden Gegenpositionen seinerzeit 33 Punkte. Heute sprechen sich zwar immer

noch mehr Bürgerinnen und Bürger für eine Begrenzung aus als für eine Förderung der Migration (42 gegenüber 29 Prozent), aber die Differenz beider Positionen ist auf 13 Punkte geschrumpft. Auch der Wunsch nach Assimilation bzw. Anpassung von Migranten und Migrantinnen an die deutsche Kultur hat deutlich an Zuspruch verloren (- 12 Punkte), während das Ideal eines Multikulturalismus an Zuspruch gewonnen hat (+ 8). Dennoch polarisiert weiterhin die grundsätzliche Frage, ob Zuwanderung eine Bereicherung darstellt oder zu einer „Überfremdung“ führt, wobei auch letztere Position etwas weniger häufig geäußert wird als vor drei Jahren (- 4 Punkte).

Nach wie vor ist die Furcht vor Überfremdung im Osten etwas stärker ausgeprägt als im Westen (44:39) und wird stärker artikuliert von mittleren Altersgruppen (+ 9) und Personen mit einfacher und mittlerer Bildung (+ 7), unteren Einkommensgruppen (+ 5) sowie Arbeitern und Arbeiterinnen (+12).

Politische Konfliktlinien

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?
(Skala 1-7)

2017 | 2020

Offene Gesellschaft		Geschlossene Gesellschaft		
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Die Zuwanderung von Ausländern stellt eine Bereicherung dar.	36 35	21 24	44 40	Durch Zuwanderung fühlt man sich fremd im eigenen Land.
Für unseren Wohlstand soll der Staat die Zuwanderung von Ausländern fördern	21 29	24 28	54 42	Zum Schutz unserer Sozialsysteme soll der Staat den Zuzug von Ausländern unterbinden.
In Deutschland sollten auch andere Kulturen gleichberechtigt gelebt werden können.	23 31	18 22	60 48	Ausländer sollten sich an der deutschen Kultur orientieren

Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

policy matters

Ein deutlicher Wandel ist auch bei der grundlegenden Einstellung zur Europäischen Union feststellbar, weg von der noch jüngst weit verbreiteten „Deutschland zuerst“-Haltung hin zu mehr nach außen gerichteter Solidarität. Hier scheinen gleich mehrere Faktoren – die Corona-Pandemie und ihre Folgen, der bevorstehende Brexit als auch der US-Isolationismus unter Trump – eine Rolle zu spielen. Anders als noch vor drei Jahren hält es heute eine relative Mehrheit für sinnvoll und im deutschen Interesse, wenn die Bundesrepublik in ihrer Europapolitik die Interessen der anderen Mitgliedsstaaten stärker berücksichtigt. Nur noch jeder Vierte erwartet, dass Deutschland selbst dann eigene Interessen verfolgt, wenn dadurch anderen Mitgliedsstaaten geschadet wird. Gestiegen ist auch die Akzeptanz für eine

Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse der EU, und gestiegen ist auch die Bereitschaft zur Solidarität mit den anderen Mitgliedsländern.

Politische Konfliktlinien

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?
(Skala 1-7)

2017 | 2020

Europäische Solidarität		Nationale Selbstbehauptung		
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Es sollten mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden	19 27	31 36	50 37	Es werden zu viele Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen
In der EU hat jedes Mitgliedsland das Recht auf Unterstützung	37 40	27 29	36 31	Jedes EU-Mitgliedsland ist für sein Fortkommen selbst verantwortlich
Deutschland sollte auch die Interessen anderer EU-Mitgliedsländer berücksichtigen	37 43	27 30	36 27	Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, selbst wenn dies anderen EU-Ländern schadet

Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

**policy
matters**

Auch in Bezug auf die eigene Bevölkerung ist die Bereitschaft zur und die Anforderung an Solidarität erkennbar gestiegen – möglicherweise nicht zuletzt eine Folge der Corona-Epidemie und ihrer Folgen für breite Bevölkerungsschichten. Heute geben 47 Prozent (+ 8 Punkte) in der Frage, ob Solidarität oder Leistung das relevantere gesellschaftliche Prinzip sein soll, dem Gemeinwohl eindeutig den Vorrang, für nur 18 Prozent (- 5) ist dies die Leistung. Bei diesem Aspekt gibt es wenig Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, lediglich Personen in prekärer Beschäftigung und Arbeitslose fordern häufiger (noch) mehr Solidarität ein.

Im Hinblick auf die Erwartungen an die Wirtschaft hat sich der gesellschaftliche Konsens, dass Wirtschaft dem Gemeinwohl dienen solle, weiter verfestigt, nur noch 18 Prozent (- 8 Punkte) sehen in der Erzielung von Gewinnen die primäre Aufgabe der Wirtschaft.

Politische Konfliktlinien

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?
(Skala 1-7)

2017 | 2020

Solidarische Gesellschaft		Libertäre/Egoistische Gesellschaft		
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Solidarität sollte mehr zählen als Leistung.	41 47	36 36	23 18	Leistung sollte mehr zählen als Solidarität.
Die Wirtschaft soll dem Gemeinwohl dienen.	47 51	28 31	26 18	Die Wirtschaft soll Gewinne erzielen.

Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

Kritisch ist dagegen nach wie vor der Befund der Bürgerinnen und Bürger zur sozialen Realität in Deutschland: Eine Mehrheit von 51 Prozent beklagt unverändert das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft und fehlenden Zusammenhalt, nur 24 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Etwas abgeschwächer als vor drei Jahren – wenngleich nach wie vor mehrheitlich – fällt die Kritik an der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft in Oben und Unten aus (53 Prozent, - 7 Punkte). 23 Prozent (+ 4) bekräftigen die Existenz einer breiten Mittelschicht. Und unverändert gespalten zeigt sich die deutsche Gesellschaft in der Frage, ob Fortkommen in unserer Gesellschaft von Herkunft und Besitz oder von Leistung abhängt.

Politische Konfliktlinien

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?
(Skala 1-7)

2017 | 2020

Gesellschaft ist ungleich/vereinzelt		Gesellschaft ist egalitär/solidarisch		
Meinung A (1-3)		Neutral (4)		Meinung B (5-7)
In unserer Gesellschaft gibt es nur noch Oben und Unten.	60 53	20 23	19 23	Wir haben eine breite Mittelschicht.
Unsere Gesellschaft treibt immer weiter auseinander.	53 51	23 26	23 24	In unserer Gesellschaft gibt es noch viel Zusammenhalt.
Das Fortkommen in unserer Gesellschaft hängt von Herkunft und Besitz ab.	40 40	25 29	36 31	Das Fortkommen in unserer Gesellschaft hängt von Leistung ab.

Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

5.2 Konfliktlinie Klimapolitik

In den letzten Jahren hat sich mit dem Klimawandel ein seit langem schwelendes Konfliktfeld verschärft. Gut die Hälfte der Bevölkerung ist der Überzeugung, dass der Klimawandel die größte Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellt und eine grundlegende Veränderung unserer Lebensgewohnheiten erfordert. Eine nicht unerhebliche Minderheit von 20 Prozent sieht hingegen keine Notwendigkeit für einen „übertriebenen Aktionismus“, da sie den Klimawandel für naturgegeben hält. Im Hinblick auf die Folgen der Klimapolitik für den Arbeitsmarkt attestieren 41 Prozent der Klimapolitik, Jobmotor zu sein, während 22 Prozent die Klimapolitik verantwortlich machen für eine Gefährdung der Arbeitsplätze und damit unseres Wohlstands.

Politische Konfliktlinien

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?

(Skala 1-7)

2020

Klimawandel/ Wohlstand		kein Klimawandel/ Wohlstandsgefährdung		
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Der Klimawandel ist die größte Bedrohung für unsere Gesellschaft und erfordert eine grundlegende Veränderung unserer Lebensgewohnheiten.	56	23	20	Klimawandel hat es schon immer gegeben. Es besteht keine Notwendigkeit für übertriebenen Aktionismus..
Die Klimapolitik schafft neue Arbeitsplätze und sichert den Wohlstand.	41	37	22	Die Klimapolitik vernichtet Arbeitsplätze und gefährdet den Wohlstand.

Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

policy matters

In der Klimapolitik bilden die „friday-for-future“-Generation und die 68er-Generation den Kern der „Koalition der Willigen“. Die Forderung nach einer konsequenteren Klimapolitik und einer Veränderung unserer Lebensgewohnheiten vertreten vor allem die 18-29jährigen (60 Prozent) und die über 70jährigen (68 Prozent). Beide Altersgruppen sind auch stärker als andere davon überzeugt, dass Klimapolitik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt. Auch Bildung, Einkommen und Herkunft spielen eine gewisse Rolle bei der Einschätzung der Klimapolitik. Für Personen mit höherer Bildung und für Westdeutsche hat der Umweltschutz eine größere Bedeutung als für Personen mit niedriger und mittlerer Bildung, untere Einkommensgruppen sowie für Ostdeutsche.

5.3 Konfliktlinie Corona-Politik

Mit der Corona-Epidemie ist in Deutschland ein neues Konfliktfeld entstanden. Wie bei der Flüchtlingspolitik und der Klimapolitik gehen wieder Tausende auf die Straße, um gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Epidemie zu protestieren. In einem wesentlichen Punkt unterscheidet sich dieser Protest von den beiden vorhergehenden: Diesmal ist es eine Minderheit, die öffentlich protestiert, während eine große Mehrheit die Maßnahmen gutheißt.

Politische Konfliktlinien

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?

(Skala 1-7)

2020

Gesundheit / Schutz des Lebens		Freiheit / Wirtschaft		
Meinung A (1-3)		Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
In einer Krise wie Corona können zum Schutz der Gesundheit Freiheitsrechte vorübergehend ausgesetzt werden.	55	20	25	Auch eine Krise wie Corona rechtfertigt es nicht, die Freiheitsrechte massiv einzuschränken.
In einer Krise wie Corona geht der Schutz des Lebens vor wirtschaftlicher Stabilität.	56	23	22	Auch eine Krise wie Corona rechtfertigt es nicht, die wirtschaftliche Stabilität des Landes zu gefährden.

Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

policy matters

Der Corona-Politik skeptisch bis ablehnend gegenüber steht vor allem die jüngere Generation, die die Krise in einer Lebensphase trifft, in der soziale Kontakte und soziale Aktivitäten einen hohen Stellenwert haben. Die massiven Einschränkungen des täglichen Lebens widerspricht ihrem Lebensgefühl. Die Gefahren für Leib und Leben schätzen sie nicht zuletzt deshalb geringer ein, weil bei jüngeren Infizierten die Krankheitsverläufe durch das Virus häufiger milder ausfallen. Von den unter 30jährigen hält jeder Dritte (32 Prozent) die beschlossenen Maßnahmen für überzogen, unter den von Corona besonders gefährdeten über 70jährigen sind es gerade einmal 8 Prozent.

Die Ablehnung der Maßnahmen spiegelt auch konkrete persönliche Betroffenheit wieder. Unter den Corona-Skeptikern finden sich meist wiederum jüngere Personen, die die Einschränkungen des täglichen Lebens in besonderer Weise trifft. Dazu gehören Personen, deren Arbeitsbelastungen sich durch das Herunterfahren der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens erhöht und/oder deren finanzielle Situation sich verschlechtert hat. Sie empfinden den verstärkten Trend zur Digitalisierung und zum Home-Office belastender als andere und sehen mittelfristig ihren Job durch die Folgen von Corona gefährdet. Unter den Corona-Skeptikern sind zudem überdurchschnittlich viele Eltern minderjähriger Kinder, die häufig unter der Doppelbelastung beruflicher Einschränkungen und zusätzlicher Inanspruchnahme durch die Kinderbetreuung zu leiden haben.

Die kritische Haltung gegenüber den Corona-Maßnahmen speist sich aus zwei recht unterschiedlichen Beurteilungskriterien mit etwa gleichwertigem Stellenwert: der Ablehnung der Einschränkung von Freiheitsrechten sowie der Furcht vor den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Einschränkungen. In soziodemografischer Hinsicht zeigen sich Verfechter

und Verfechterinnen der Freiheitsrechte häufiger bei 30 bis 39-Jährigen sowie bei 50 bis 59-Jährigen (+ 8), Eltern minderjähriger Kinder (+ 10), Personen in prekärer Beschäftigung mit niedriger oder mittlerer Bildung (+ 10), Arbeitern und Arbeiterinnen (+ 8) sowie bei Selbständigen (+ 5). Im Hinblick auf die Sorgen vor wirtschaftlichen Folgen gibt es kaum Auffälligkeiten.

Neben persönlicher Betroffenheit spielen aber auch ideologische Aspekte eine wichtige Rolle bei der Haltung zu Corona. Corona-Skeptiker hegen deutlichere Zweifel am Funktionieren der Demokratie als andere und beklagen häufiger das Fehlen von Meinungsfreiheit. Eine knappe Mehrheit fühlt sich von der Politik vernachlässigt und gegenüber Ausländern zurückgesetzt. Die Ansicht, die Politik kümmere sich zu viel um Gleichberechtigung, Minderheiten und künftige Generationen, ist weit verbreitet. Das Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen ist ausgesprochen gering. Bundestag und Bundesregierung steht eine Mehrheit der Corona-Skeptiker ebenso misstrauisch gegenüber wie den Medien. Auch das Misstrauen in das Bundesverfassungsgericht und anderer Gerichte, selbst das in die Wissenschaft ist weit stärker ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung.

Bei einem erheblichen Teil der Kritiker und Kritikerinnen spiegelt die Ablehnung der Corona-Politik auch eine kritische Grundhaltung gegenüber dem System und dem Establishment in Politik und Medien wider. Letztere werden als von der übrigen Bevölkerung abgehobene Kaste gesehen, und Demokratie nur als Fassade erfahren.

5.4 Corona-Skeptiker, Klimawandel-Leugner und Migrations-Gegner

Zwischen den drei Gruppen, den Migrations-Gegnern, den Klimawandel-Leugnern und den Corona-Skeptikern gibt es einige Überschneidungen:

- Wer die Corona-Maßnahmen als zu weitgehend ablehnt, steht auch der Migration eher ablehnend gegenüber und neigt eher als andere dazu, die Klimapolitik für übertriebenen Aktionismus zu halten.
- Leugner des Klimawandels weisen eine noch ausgeprägtere migrationsfeindliche Haltung auf, und sie tendieren auch zu einer kritischen Haltung zur Corona-Politik.
- Und bei den Migrationsgegnern ist die Neigung zur Ablehnung der Klima- und der Corona-Politik ausgeprägter als bei anderen.

In ihrer kritischen Bewertung der momentanen ökonomischen Situation unterscheiden sich die drei Gruppen zwar kaum von der Gesamtbevölkerung, allerdings schätzen die Vertreter aller drei Gruppen die künftige wirtschaftliche Entwicklung deutlich pessimistischer ein. Überdurchschnittlich groß ist auch ihr Sorgenpaket. Das betrifft sowohl die persönlichen Sorgen, wie die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz, die eigene finanzielle Absicherung und die Zukunft der Kinder sowie die Furcht, selbst Opfer von Gewalt und Verbrechen zu werden. Und das betrifft auch die Sorgen um die gesellschaftliche Entwicklung, wie die Sorge über die negativen Folgen der Globalisierung für den Arbeitsmarkt, steigende Kriminalität und Terrorismus, die als zu hoch erachtete Zuwanderung und im Zuge dessen über die zu starke

Rolle des Islam. Aber auch die Besorgnis über wachsende soziale Ungleichheit und fehlenden Zusammenhalt in der Gesellschaft treibt sie mehr um als andere. Einzig der Klimawandel bekümmert sie weit weniger als die übrige Bevölkerung. Auch soziodemografisch gibt es eine Reihe von Ähnlichkeiten. Alle drei Gruppen sind im Osten etwas stärker vertreten als im Westen, und alle drei haben überdurchschnittlich häufig minderjährige Kinder.

Damit enden aber die Gemeinsamkeiten, denen auch einige markante Unterschiede gegenüberstehen. Das Durchschnittsalter der Corona-Skeptiker liegt deutlich unter dem Schnitt der Wahlbevölkerung (42,7 Jahre gegenüber 48,1), das der Migrationsgegner etwas darüber (50,1), das Durchschnittsalter der Klima-Leugner entspricht dem der wahlberechtigten Bevölkerung.

Migrationsgegner kommen heute eher aus unteren sozialen Schichten. Sie verfügen im Schnitt über ein spürbar geringeres Einkommen mit entsprechend größeren finanziellen Sorgen. Ihr Geschlechteranteil entspricht dem der Gesamtbevölkerung, der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund liegt unter dem Schnitt. Dagegen kommen Corona-Skeptiker und Klimawandel-Leugner eher aus mittleren sozialen Schichten, bei ihnen sind Männer leicht in der Überzahl, Personen mit Migrationshintergrund sind hier leicht überdurchschnittlich vertreten

Interessant ist die Zusammensetzung der Personen, die in allen drei Bereichen eine ablehnende Position einnehmen - eine Minderheit, die etwa 7 Prozent der Wahlberechtigten umfasst. In dieser Gruppe überwiegen deutlich männliche Vertreter, Ostdeutsche und jüngere Personen, zudem haben sie häufiger minderjährige Kinder. Sie haben eher einen niedrigen sozialen Status und verfügen über ein deutlich unterdurchschnittliches Einkommen. Der Anteil der Erwerbslosen bzw. prekär Beschäftigten mit niedrigerem Bildungsniveau in dieser Gruppe ist höher als in der übrigen Bevölkerung. Ihr Sorgenpaket ist in fast jeder Hinsicht signifikant größer als bei anderen Bevölkerungsgruppen, insbesondere im Bereich Migration. Sie fühlen sich weit mehr als andere in der Gesellschaft als zu kurz gekommen und haben eine ausgeprägt fremdenfeindliche und homophobe Einstellung. Ihr Bild über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland fällt extrem kritisch aus, und sie teilen ein ausgesprochen negatives Bild über das politische und mediale „Establishment“ und finden häufiger als andere Gefallen an autokratischer Politik. Die Affinität zum Rechtspopulismus ist in dieser Gruppe der System-Gegner besonders stark ausgeprägt.

6. Die Politischen Typen

Das Kernstück der Panelerhebung „Soziale Lebenslagen“⁷ – an die die vorliegende Studie anknüpft - bestand in einer Fokussierung der politischen Grundhaltungen auf politische Typen. Diese Typologie setzte auf auf eine 2006 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung⁸. Insgesamt wurden seinerzeit neun politische Typen identifiziert, die jeweils unterschiedliche Werte und vor allem jeweils unterschiedliche Grundhaltungen zu zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeldern teilen⁹.

6.1 Persönliche Situation, persönlicher und gesellschaftlicher Sorgenhaushalt

2017 war die Sicht der Bevölkerung auf ihre jeweilige persönliche Lebenswelt – trotz positiver Wirtschaftsdaten – negativ geprägt. Gefühle von Ohnmacht, Frustration und Enttäuschung hatten insgesamt zugenommen. Dennoch gab es zwischen den einzelnen politischen Typen deutliche Unterschiede, feststellbar war eine Dreiteilung der Gesellschaft:

- eine Gruppe der mit den gesellschaftlichen Verhältnissen **Zufriedenen**, bestehend aus dem *Engagierten Bürgertum*, der *Kritischen Bildungselite* und der *Zufriedenen Generation der sozialen Marktwirtschaft*,
- eine Gruppe der von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung **Verunsicherten**, denen neben den *Konservativen Besitzstandswahrern*, die *Verunsicherten Leistungsindividualisten* und die *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfer* zuzurechnen waren
- und schließlich eine Gruppe, die sich von der Politik missachtet und ungerecht behandelt fühlte, **die Enttäuschten**, wozu die *Desillusionierte Arbeitnehmermitte*, die *Missachteten Leistungsträger* und das *Abgehängte Prekariat* gehörten.

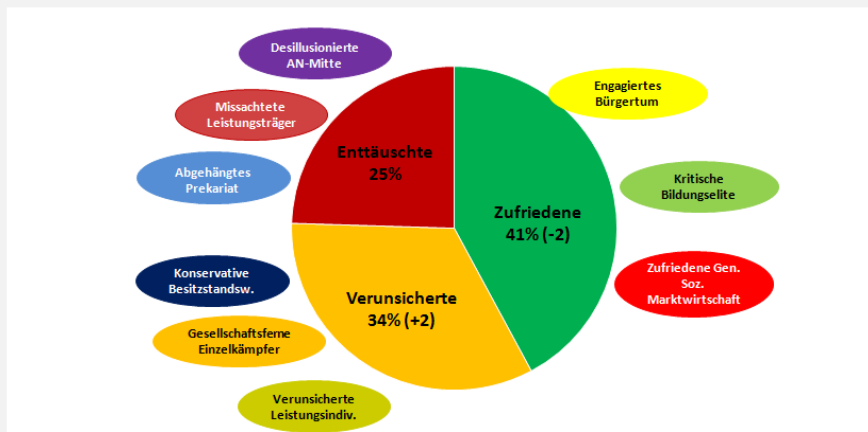
⁷ „Einstellungen und soziale Lebenslagen“, Working Paper der Hans Böckler Stiftung Nr. 044, 2017

⁸ „Gesellschaft im Reformprozess“, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006

⁹ Vergleiche hierzu Rita Müller-Hilmer, Jérémie Gagné: „Was verbindet, was trennt die Deutschen?“, Hans-Böckler-Stiftung 2017

Lebenswirklichkeit: 3 Gruppen

Anteil an Gesamtbevölkerung (in Klammern: Vergleich zu 2017)



Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

policy
matters

An dieser Dreiteilung der Gesellschaft hat sich im Prinzip nur wenig geändert: die Gruppe der Enttäuschten ist gleich geblieben, die der Zufriedenen etwas kleiner, die der Verunsicherten etwas größer geworden. Verändert hat sich allerdings der Grad der Enttäuschung und der Grad der Verunsicherung. Bei den Enttäuschten ist die Enttäuschung etwas zurückgegangen, bei den Verunsicherten hat sich in zwei der drei politischen Typen - den *verunsicherten Leistungsindividualisten* und den *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfern* – aufgrund der Verschlechterung der eigenen Lebenslage die Verunsicherung erhöht.

Heute verfügen alle drei politischen Typen, die den **Enttäuschten** zuzurechnen sind, nach wie vor über ein unterdurchschnittliches Einkommen, allerdings stieg der Anteil derer, die ihre finanzielle Situation als gut bewerten, überdurchschnittlich um mehr als zehn Punkte auf jeweils über 50 Prozent an. Sie blicken insgesamt zuversichtlicher in ihre Zukunft und befürchten weniger häufig finanzielle Einbußen in nächster Zeit. Dennoch ist der aktuelle persönliche Sorgenhaushalt dieser politischen Typen, vor allem der der *Desillusionierten Arbeitnehmermitte*, im Hinblick auf ihre Wohnsituation (+ 6 Punkte), ihre finanzielle Absicherung im Alter (+ 5), vor allem aber im Hinblick auf die Zukunft ihrer Kinder (+ 9) im Vergleich zur Gesamtheit der Befragten immer noch vergleichsweise hoch. Die gesellschaftliche Entwicklung nehmen sie nach wie vor kritisch wahr, ihre Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung, die Entwicklung der Zuwanderung, den Terrorismus, aber auch im Hinblick auf die soziale Ungleichheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind ausgeprägter als bei anderen. Allerdings sind im Vergleich zu 2017 diese Sorgen stark zurückgegangen. So hat sich beispielsweise der Anteil der über die Zuwanderung Besorgten beim *Abgehängten Prekariat* von 93 auf 77 Prozent verringert.

Bei den **Verunsicherten** haben sich die *Konservativen Besitzstandswahrer* wieder deutlich gesellschaftlich konsolidiert, ihre finanzielle Situation hat sich noch weiter verbessert. Ihre Sorgen über steigende Zuwanderung, Terrorismus und Kriminalität sind zwar nach wie vor im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch, haben sich jedoch gegenüber 2017 deutlich abgeschwächt. Anders sieht es aus bei den *Verunsicherten Leistungsindividualisten* und teilweise auch bei den *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfern*. Die Angehörigen dieser beiden Typen sind überdurchschnittlich jung, haben weit häufiger als andere minderjährige Kinder, verfügen häufiger über einen mittleren Bildungsabschluss, auch ist der Migrationsanteil bei ihnen höher als bei den anderen politischen Typen. Sie arbeiten überdurchschnittlich häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder sind arbeitslos. Unterschiede zwischen beiden gibt es beim durchschnittlichen Haushaltseinkommen, das der *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfer* liegt über, das der *Verunsicherten Leistungsindividualisten* unter dem der Gesamtbevölkerung

In beiden Gruppen hat die Verunsicherung aufgrund der negativen Entwicklung ihrer persönlichen Situation weiter zugenommen. So machen sich inzwischen vor allem die *Verunsicherten Leistungsindividualisten* im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich häufig Sorgen über ihre finanzielle Situation (+ 12 Punkte), ihre Wohnsituation (+ 9), ihre finanzielle Absicherung im Alter (+ 5), v.a. aber über ihre Arbeitsplatzsituation (+ 11), das Schritthalten-Können mit den technischen Veränderungen (+ 12) und die Zukunft ihrer Kinder (+ 10). Das war 2017 nicht so ausgeprägt. In gesellschaftlicher Hinsicht treibt sie mehr als andere die Sorge über die Folgen der technologischen Veränderungen für unsere Gesellschaft um (+ 8.), auch diese Sorge ist gegenüber 2017 größer geworden.

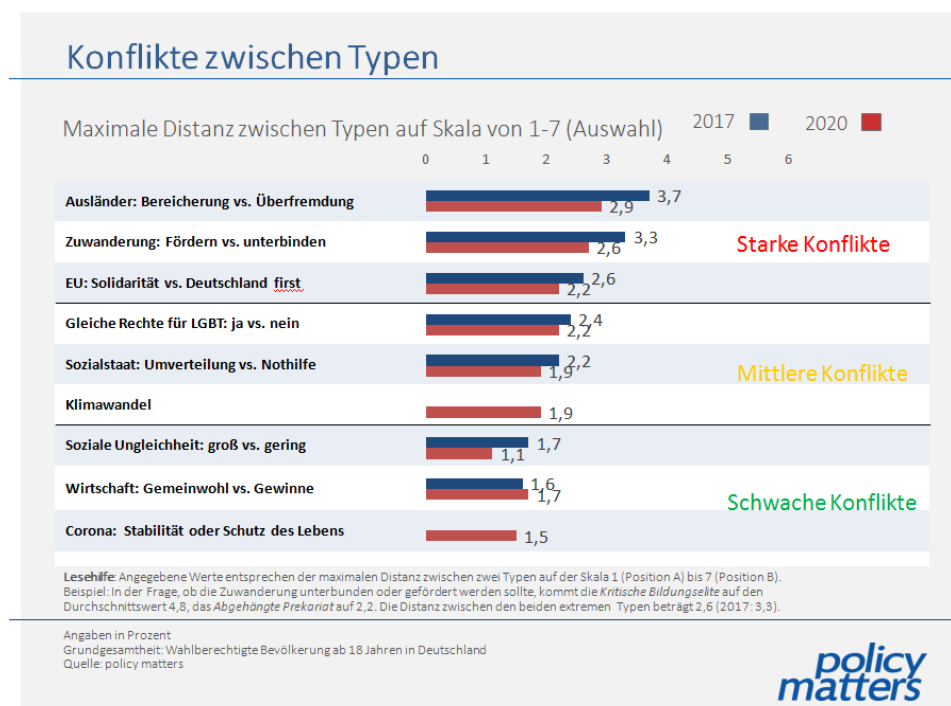
6.1 Konfliktlinien zwischen den Politischen Typen

Ein zentraler Befund der 2006er Studie war die weitverbreitete Sorge über den Verlust des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft. Sinnbildlich stand dafür vor allem der Typus des *Abgehängten Prekariats*, dessen Vertreter das Gefühl einte, in hohem Maße benachteiligt und von der gesellschaftlichen Entwicklung weitgehend abgehängt zu sein. Da dieser Typus sich in fast allen Bereichen vernachlässigt sah, neigte er im Sozialen zur Distanzierung, im Politischen zur Wahlenthaltung.

2017 war die politische Agenda entscheidend geprägt durch das Thema Flucht und Migration, bei dem sich in relevanten Teilen der Bevölkerung völlig konträre Haltungen kompromisslos gegenüberstanden. Ergebnis war eine gesellschaftliche Polarisierung, die es in der Bundesrepublik in der Form noch nicht gegeben hatte. Ganz besonders umstritten war, ob Zuwanderung prinzipiell eher als Bereicherung oder Bedrohung anzusehen ist. Damit einher ging auch eine starke Spaltung in der Frage der Zuzugssteuerung. Aber auch im Hinblick auf europäische Solidarität standen sich jeweils Teile der deutschen Bevölkerung diametral gegenüber.

Das beim *Abgehängten Prekariat* dominierende Gefühl der persönlichen Zurücksetzung wurde durch die Aufnahme von Flüchtlingen noch gesteigert und wendete sich politisch in eine Radikalisierung nach rechts. Seinen Widerhall fand dieses Gefühl der politischen Deprivation nun auch bei Arbeitnehmertypen, wie den *Missachteten Leistungsträgern* und der *Desillusionierten Arbeitnehmermitte* und auch und vor allem bei dem eher gut situierten bürgerlichen Typus des *Konservativen Besitzstandswahrsers*. In anderen Bevölkerungskreisen dagegen, dem ebenfalls gut situierten *Engagiertem Bürgertum*, der urbanen und eher linksorientierten *Kritischen Bildungselite* stieß die Aufnahme von Flüchtlingen auf eine hohe Akzeptanz, sie zeichnete eine ausgeprägte Willkommenskultur aus.

Auch heute ist die Haltung zur Migration kontroverser als die zu allen anderen erfassten Themen, die Konflikte zwischen den einzelnen politischen Typen sind hier nach wie vor am stärksten. Aber deutlich ist auch erkennbar, dass der Konflikt spürbar an Brisanz verloren hat. Die Gegenpole stellen wie 2017 die *Kritische Bildungselite* für den libertären Pol (Zuwanderung ist eine Bereicherung 73 Prozent) sowie das *Abgehängte Prekariat* für den abschottenden Pol (Zuwanderung führt zu Fremdheitsgefühlen 69 Prozent). Gegenüber 2017 bedeutet dies aber eine Annäherung der beiden Pole um 22 Punkte bzw. auf der zugrundeliegenden 7-er Skala um 0,8 Punkte (siehe Grafik).



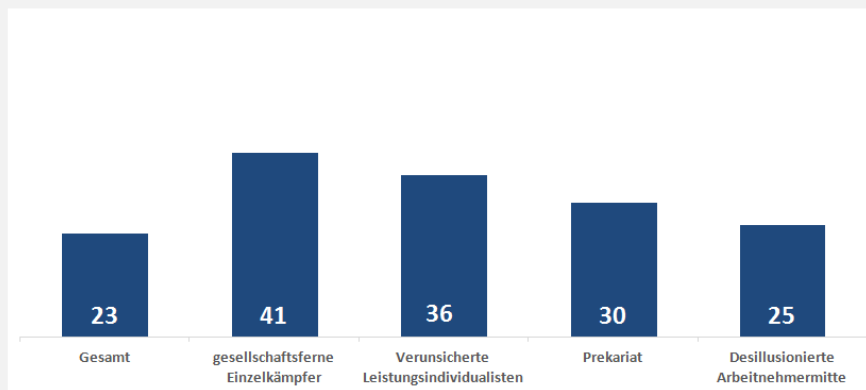
Die Unterschiede im Hinblick auf die Erwartung an eine europäische Solidarität haben sich ebenfalls deutlich nivelliert, so dass hier nicht mehr von starken, sondern nur noch von mittleren Konflikten gesprochen werden kann. Mittlere Unterschiede zwischen den einzelnen Typen – wenngleich ebenfalls rückläufig – bestehen fort im Hinblick auf die Haltung gegenüber LGBT sowie der Rolle des Sozialstaats.

Neu aufgenommen in die Befragung wurde das Konfliktfeld Klimawandel. Hier liegen die unterschiedlichen Positionen ebenfalls im mittleren Bereich. Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie in Europa dominierte der Klimawandel die politische Agenda in Deutschland. Im Zuge der Corona-Krise ist das Thema zwar medial in den Hintergrund gerückt, dennoch wird es als das Problem angeführt, bei dem man am dringlichsten Lösungen von der Politik erwartet. Wie in der Migrationsfrage bildet in der Klimapolitik die *Kritische Bildungselite* den unterstützenden Pol - 86 Prozent dieses Typus schätzen den Klimawandel als „größte Bedrohung für unsere Gesellschaft“ ein, nur 7 Prozent bestreiten einen wesentlichen menschlichen Einfluss. Den Gegenpol bilden hier neben dem *Abgehängten Prekariat*, bei denen gut jeder Dritte (36 Prozent) einen wesentlichen menschlichen Einfluss auf den Klimawandel bestreiten, auch die *Verunsicherten Leistungsindividualisten* (33 Prozent) sowie die *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfer* (26 Prozent). Auch sehen sie in der Klimapolitik deutlich weniger häufig als andere einen Jobmotor.

Am geringsten sind die Unterschiede nach wie vor im Hinblick auf die Sicht auf den sozialen Zustand der Gesellschaft. Zu große Ungleichheit und fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt werden nach wie vor tendenziell über alle Typen hinweg konstatiert. Das durch die Corona-Pandemie entstandene Konfliktfeld „Schutz der Gesundheit versus Freiheitsrechte“ zählt ebenfalls zu den Feldern, in denen die Unterschiede zwischen den Typen nur gering ausgeprägt sind. Etwas kontroverser fallen die Positionierungen bei der Alternative „Schutz des Lebens versus Erhalt der wirtschaftlichen Stabilität“ aus. Den positiven Pol in beiden Konfliktfeldern stellen wiederum das *Engagierte Bürgertum* und die *Kritische Bildungselite* dar. Speerspitze des Widerstands sind diesmal nicht die Angehörigen des *Abgehängten Prekariats*, von ihnen kritisiert nur knapp jeder Dritte (30 Prozent) die Corona-Maßnahmen als zu weitreichend. Bei den Corona-Skeptikern dominieren wie auch bei den Klima-Leugnern die Vertreter der *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfer* (41 Prozent) und der *Verunsicherten Leistungsindividualisten* (36 Prozent), also ein Personenkreis, der stark marktaffin ist, Leistung als Leitkriterium der Gesellschaft ansieht, die Brüchigkeit des Leistungsversprechens aber aufgrund überdurchschnittlich hoher beruflicher Unsicherheit am eigenen Leib erfährt.

Corona-Pandemie: Bewertung der Maßnahmen

Maßnahmen waren zu weitgehend



Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

**policy
matters**

Für die ablehnende Haltung dieser beiden politischen Typen dürften also sowohl lebenspraktische als auch ideologische Gründe ausschlaggebend sein. Sie beruht jedoch nicht auf prinzipieller Gegnerschaft zur „Elite“ und ihren Institutionen. Dies wird vor allem bei den *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfern* deutlich. Ihre Skepsis gegen die Corona-Maßnahmen ist überdurchschnittlich hoch, jedoch räumt eine relative Mehrheit von ihnen (40 Prozent) dem Schutz des Lebens letztlich eine höhere Priorität ein als der Aufrechterhaltung der Freiheitsrechte (26 Prozent), jedoch hat die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität bei ihnen den höchsten Stellenwert von allen Typen.

Die aktuellen Befunde lassen den Schluss zu, dass die neu aufgenommenen bzw. hinzugekommenen Konfliktfelder „Klimawandel“ und vor allem „Corona“ bei weitem nicht das Spaltungspotenzial besitzen wie das Konfliktfeld Zuwanderung.

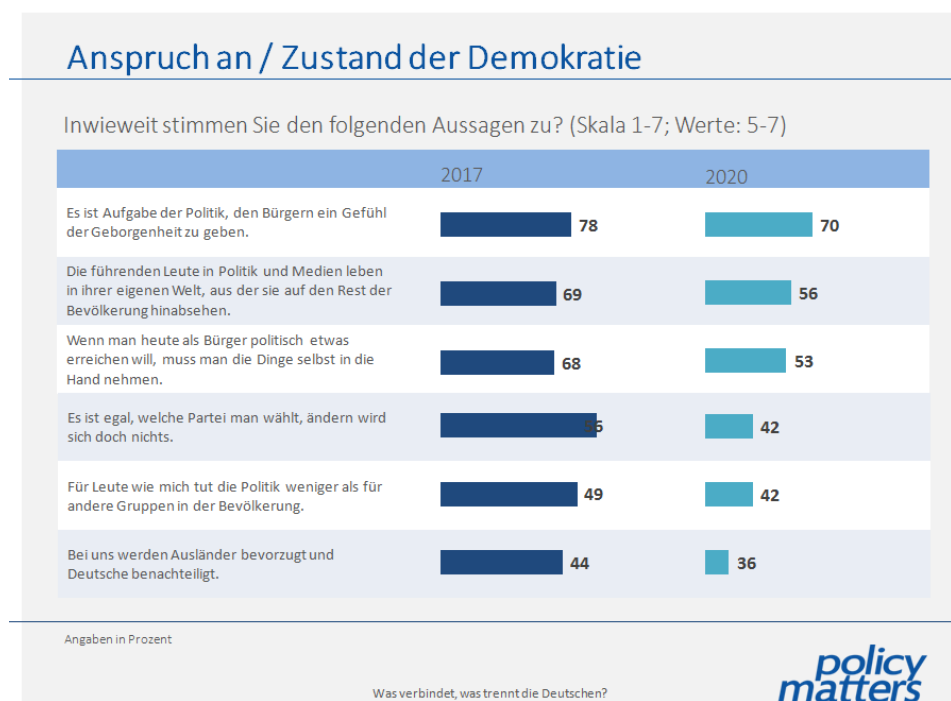
7. Auswirkungen der Corona-Krise auf die politische Stimmung

Bis Anfang dieses Jahres war die politische Stimmung in Deutschland gekennzeichnet durch eine ausgeprägt distanzierte Haltung vieler Bürger und Bürgerinnen gegenüber der Bundesregierung. Schon im März deuteten Umfragen eine zum Positiven veränderte Grundhaltung gegenüber der Bundesregierung an, die auch von dieser Befragung bestätigt wird. Was sind die Ursachen für diesen Stimmungsumschwung? Handelt es sich dabei eher um kurzfristige Stimmungsschwankungen aufgrund von Themenverschiebungen oder um einen tiefer gehenden Wandel der Wahrnehmung von Politik und ihrer Institutionen?

7.1 Erwartungen an Politik

Einer der zentralen Befunde der 2017er Studie bestand darin, dass Wunsch und Wirklichkeit in Hinblick auf die Grundversprechen der Demokratie, die Handlungsfähigkeit von Politik, und die Responsivität der Parteien in Deutschland deutlich auseinander klafften. Drei Jahre später hat sich diese Kluft zwischen Politik und Bürgern und Bürgerinnen signifikant verringert. Die 2017 vorherrschenden Zweifel an dem Grundversprechen der repräsentativen Demokratie, dass in den Parlamenten durch die gewählten Abgeordneten der Wille des Souveräns, der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen zur Geltung kommt, sind deutlich geringer geworden. Heute teilen zwar immer noch 56 Prozent der Deutschen die Sichtweise, dass „die Leute in Politik und Medien in ihrer eigenen Welt leben, aus der sie auf den Rest der Bevölkerung herabsehen“, gegenüber 2017 ist das jedoch ein Rückgang von 12 Prozentpunkten. Eine Mehrheit (57 Prozent) war 2017 zudem davon überzeugt, „Politik und Demokratie sind nur Fassade, dahinter halten einige wenige Interessengruppen die Fäden in der Hand“, heute teilen nur noch 44 Prozent diese Ansicht.

Die Skepsis gegenüber der Einlösung der Grundversprechen der Demokratie sowie der Responsivität von Politik ist nach wie vor – wenn auch in abgeschwächter Form – stärker verbreitet bei Ostdeutschen, mittleren Altersgruppen, Personen mit einfacher und mittlerer Bildung, unteren Einkommensgruppen, Arbeitern und Arbeiterinnen und vor allem den beiden unteren Schichten.



Gleichzeitig ist das Gefühl politischer Deprivation in den letzten drei Jahren deutlich zurückgegangen. Der persönliche Eindruck vieler Bürger und Bürgerinnen, von der Politik vernachlässigt zu werden, hat sich abgeschwächt. 2017 vertrat noch jeder Zweite (49

Prozent) die Ansicht, die Politik tue für Leute wie sie weniger als für andere Gruppen und 44 Prozent nahmen eine Bevorzugung von Ausländern und Ausländerinnen gegenüber Deutschen wahr. Heute fühlen sich nur noch 42 Prozent zurückgesetzt und nur noch gut jeder Dritte (36 Prozent) sieht sich gegenüber Ausländern und Ausländerinnen benachteiligt. Was aber geblieben ist, ist die soziale Schieflage in der Repräsentation verschiedener Bevölkerungsgruppen. Unzureichend vertreten fühlen sich nach wie vor vor allem Personen mit niedrigem Einkommen (49 Prozent), Arbeiter und Arbeiterinnen (56 Prozent), prekär Beschäftigte (50 Prozent) und vor allem Angehörige der beiden unteren sozialen Schichten (64 und 48 Prozent).

In dem Maße, wie man die eigenen Interessen wieder stärker in den Parlamenten berücksichtigt sieht, steigt auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik und sinkt der Ruf nach direkter Demokratie. 2017 stimmten noch 68 Prozent der Wahlberechtigten der Auffassung zu, „wenn man politisch etwas erreichen will, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen“, heute nur noch 53 Prozent. Zeitgleich wird auch der Ruf nach Volksentscheiden etwas verhaltener (50 Prozent / - 5) und die Überzeugung stärker, dass man durch Teilnahme an Wahlen etwas verändern kann. Heute teilen nur noch 42 Prozent die grundsätzliche Skepsis gegenüber der Responsivität der Parteien (- 14 Prozentpunkte). Zudem sind in der Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler die Parteien in ihren Zielsetzungen wieder deutlich unterscheidbarer geworden – eine wichtige Voraussetzung für die eigene Wahlentscheidung.

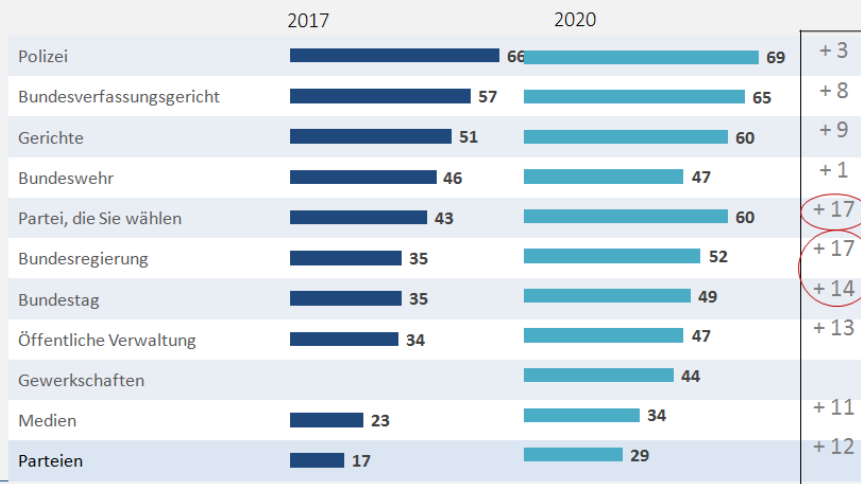
Hoch ist nach wie vor der Anspruch an die Politik, den Bürgerinnen und Bürgern „ein Gefühl der Geborgenheit“ zu geben. Aber auch hier ist die Zustimmung von 78 auf 70 Prozent gesunken, was auf ein geringeres Defizit hindeuten kann. Das kann so interpretiert werden, dass es der Politik in der Corona-Krise gelungen ist, dem Wunsch nach Orientierung – und wo nötig nach Entscheidungsfähigkeit und Führung - in hohem Maße gerecht zu werden.

7.2 Vertrauen in politische Institutionen

2017 hatte das Misstrauen in die Politik und die sie kontrollierenden Institutionen infolge der Migrationspolitik einen historischen Höhepunkt erreicht. Im Zuge der Corona-Krise hat sich diese skeptische Grundhaltung deutlich zum Positiven gewandelt. Alle zehn erfassten Institutionen verzeichnen einen signifikanten Vertrauensgewinn. Den höchsten Zuwachs weist mit 17 Prozentpunkten die Bundesregierung auf, der heute eine knappe Mehrheit (52 Prozent) das Vertrauen ausspricht, bei nur noch gut jedem Vierten (28 Prozent) überwiegt das Misstrauen (- 13).

Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Institutionen

Wie viel Vertrauen haben Sie in die folgenden Institutionen? (Skala 1-7; Werte: 5-7)



Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

policy matters

Das gestiegene Vertrauen in die Politik dokumentiert sich auch in dem Ansehensgewinn der Parteien (+ 12 Punkte). Bemerkenswert ist dabei vor allem die gewachsene Nähe zu der Partei, die man wählt. Dies kann als Zeichen einer erhöhten Wahrnehmung der Repräsentation der eigenen Interessen interpretiert werden. Der Partei ihrer Wahl schenken heute sechs von zehn Bürgerinnen und Bürgern ihr Vertrauen (+ 17 Punkte), bei kaum nennenswerten Unterschieden zwischen den einzelnen Parteien.

Auch Ansehen und Glaubwürdigkeit der Medien haben sich zwar verbessert, ihrer Berichterstattung bringt aber nach wie vor nur jeder Dritte (2017 knapp jeder Vierte) Vertrauen entgegen. Weit besser ist das Image der öffentlichen Verwaltung und des Gesundheitswesens. Die Arbeit der Behörden in Bund, Land und Kommunen erscheint heute jedem zweiten Deutschen verlässlich (2017 nur jedem Dritten), und das Gesundheitswesen genießt sogar bei zwei Dritteln der Bevölkerung große Wertschätzung. Höher noch als Politik und Verwaltung rangiert die Wissenschaft im Ansehen der Bürgerinnen und Bürger. Den Ergebnissen ihrer Arbeit und ihrer Forschung vertrauen 72 Prozent¹⁰.

Nach soziodemografischen Gruppen gibt es zwei auffällige Befunde:

- Die Junge Generation der 18 bis 29-Jährigen weicht beim Zutrauen in Exekutive, Legislative und Judikative kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt ab, der Polizei (- 14 Punkte), den (klassischen) Medien (- 9 Punkte) sowie der Partei, die sie wählen (- 9

¹⁰ Für das Gesundheitswesen und auch für die Wissenschaft können hier keine Vergleichsdaten zu 2017 ausgewiesen werden, da diese beiden Institutionen neu in die Liste zum Institutionenvertrauen aufgenommen wurden.

Punkte) bringen sie allerdings deutlich weniger Vertrauen entgegen als andere Altersgruppen.

- Untere Einkommensgruppen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Arbeitslose und vor allem die unteren sozialen Schichten zeigen deutlich stärkere Vorbehalte gegenüber fast allen erfassten politischen und gesellschaftlichen Institutionen als andere Gruppen. In die Bundesregierung setzen beispielsweise drei Viertel der oberen Mittelschicht, der Oberschicht und der höheren Einkommensklassen Vertrauen, aber nur gut 40 Prozent der unteren Einkommensschichten und der Arbeiter und Arbeiterinnen und nur ein Viertel der Arbeitslosen und der Angehörigen der Unterschicht. Nur zu den Gewerkschaften und zu der Partei, die man wählt, ist das Vertrauen bei diesen Gruppen nicht geringer als bei anderen.

7.3 Entwicklung in Ostdeutschland: Es wächst zusammen

Die Entscheidung im September 2015, die Grenzen für die Flüchtlinge zu öffnen, stieß insbesondere bei den Ostdeutschen auf Unverständnis und Kritik und zu Befürchtungen von Überforderung und „Überfremdung“. Die zum Teil sehr militanten Pegida-Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die in Ostdeutschland teilweise großen Zulauf fanden, spiegelten weit verbreitete Befürchtungen und Kritik wider. Das Erstarken des Rechtspopulismus in den Wahlen in Ostdeutschland seit Herbst 2015 kann als Ausdruck einer zunehmenden Polarisierung und einer Entfremdung gegenüber den etablierten Parteien, die im Osten weit stärker ausgeprägt war als im Westen, gewertet werden.

Heute gibt es deutliche Zeichen der Entwarnung und der Wiederannäherung bei den Auffassungen der Ost- und Westdeutschen. Die Haltung in der Migrationspolitik hat sich insgesamt entspannt, allerdings im Osten spürbar stärker als im Westen, mit der Folge einer deutlichen Annäherung der Positionen. 2017 sprach sich im Osten noch eine klare Mehrheit von 58 Prozent für eine Begrenzung der Zuwanderung aus, heute ist es nur noch eine relative Mehrheit von 46 Prozent - im Westen ist die Ablehnung der Zuwanderung von 53 auf 42 Prozent zurückgegangen. Die Zustimmung, dass Zuwanderung gefördert werden sollte, um unseren Wohlstand zu sichern, stieg im Osten von 16 auf 28 Prozent und liegt damit fast gleichauf mit dem Westniveau (30 Prozent).

Politische Konfliktlinien

Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden gegensätzlichen Meinungen?
(Skala 1-7)

Ost | West

Offene Gesellschaft		Geschlossene Gesellschaft	
Meinung A (1-3)	Neutral (4)	Meinung B (5-7)	
Die Zuwanderung von Ausländern stellt eine Bereicherung dar.	31 38	26 24	44 39 „Durch Zuwanderung fühlt man sich fremd im eigenen Land.“
Für unseren Wohlstand soll der Staat die Zuwanderung von Ausländern fördern	28 30	26 29	46 42 Zum Schutz unserer Sozialsysteme soll der Staat den Zuzug von Ausländern unterbinden.
Wir haben eine besondere Verantwortung, Flüchtlinge willkommen zu heißen.	22 27	24 23	54 50 Der deutsche Staat kann nicht die Probleme der Welt lösen.
In Deutschland sollten auch andere Kulturen gleichberechtigt gelebt werden können.	30 30	23 21	46 48 Ausländer sollten sich an der deutschen Kultur orientieren

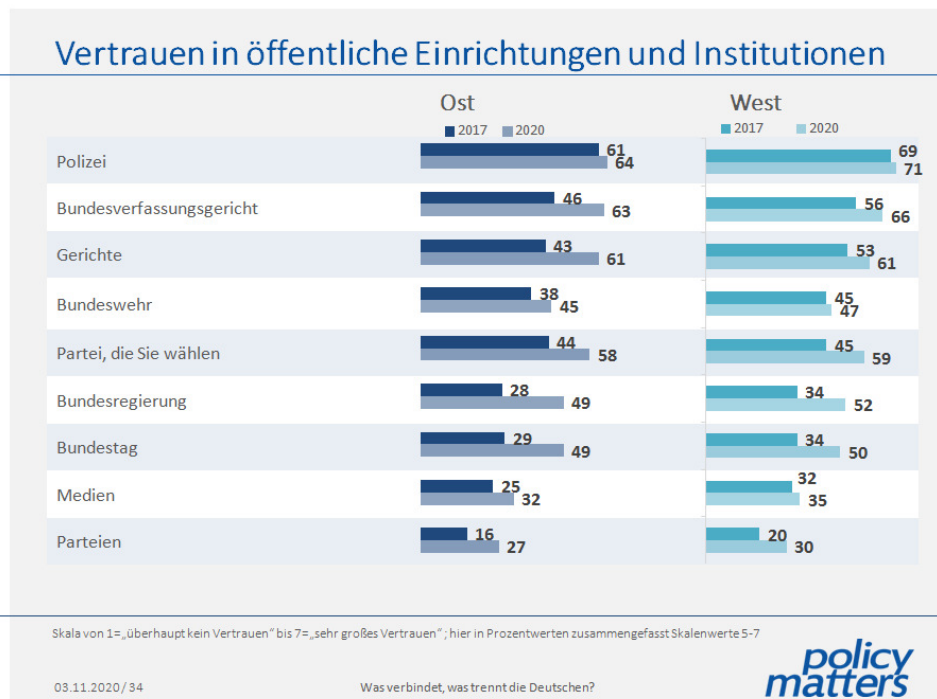
Angaben in Prozent

Was verbindet, was trennt die Deutschen?

policy matters

Im Vergleich zu 2017 hat sich auch die Distanz der Ostdeutschen gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik deutlich verringert. War 2017 noch eine Mehrheit (56 Prozent) der Überzeugung, „für Leute wie mich tut die Politik weniger als für andere Gruppen“, teilen heute nur noch 44 Prozent diese Ansicht. Nicht mehr ganz so weit verbreitet ist auch die Ansicht, die Politiker lebten in einer eigenen Welt, von der sie auf die Bevölkerung herabsehen, die Zustimmung sank hier von 73 auf 61 Prozent.

Die positivere Haltung der Ostdeutschen gegenüber dem politischen System drückt sich vor allem auch in einer Zunahme des Vertrauens in die gesellschaftlichen und politischen Institutionen aus, dessen Niveau in den neuen Bundesländern inzwischen fast dem in Westdeutschland entspricht. Am höchsten ist der Ansehensgewinn der Bundesregierung. Der Anteil der Ostdeutschen, die ihr vertrauen, hat sich von 28 Prozent in 2017 auf heute 49 Prozent fast verdoppelt. Neben der Exekutive hat sich auch das Image der Legislative deutlich verbessert. Dem Deutschen Bundestag schenken die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer heute ebenso viel Vertrauen wie die Westdeutschen. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass man dort die eigenen Interessen inzwischen besser vertreten sieht. Denn den Parteien, vor allem aber der Partei der eigenen Wahl wird heute weit mehr Vertrauen entgegengebracht als noch vor drei Jahren. Hervorzuheben ist auch die veränderte Haltung der Ostdeutschen gegenüber den Gerichten, einschließlich des Verfassungsgerichtes. Ihnen standen die Bürger und Bürgerinnen in den neuen Bundesländern noch vor drei Jahren deutlich reservierter gegenüber als die Westdeutschen, heute gibt es kaum noch einen Unterschied, jeweils rund zwei Drittel der Deutschen in West und Ost setzen heute wieder großes Vertrauen in die Judikative.

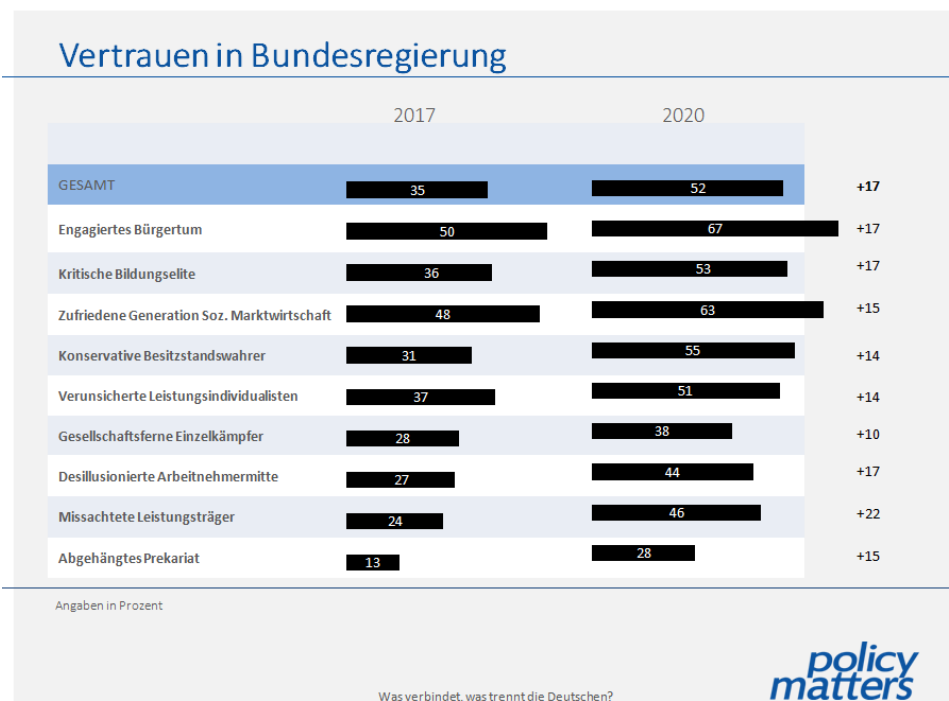


7.4 Entwicklung bei den Politischen Typen

Es ist davon auszugehen, dass der Umgang der Politik mit der Corona-Pandemie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie und ihre Institutionen stärkte, vor allem das Vertrauen, dass die Politik ihre Sorgen und Nöte wahrnimmt und entsprechend handelt. Daran hatten zuletzt vor allem die von der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt enttäuschten Bürgerinnen und Bürger erhebliche Zweifel. Diese Zweifel sind nicht verschwunden. Noch immer beklagen stärker als andere politische Typen Vertreter der *Desillusionierten Arbeitnehmermitte*, der *Missachteten Leistungsträger* und des *Abgehängten Prekariats* eine Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politik. Sie teilen zusammen mit den *Verunsicherten Leistungsindividualisten* auch stärker als andere das Gefühl, politisch depriviert zu sein. Aber im Vergleich zu 2017 sind diese Zweifel und Benachteiligungsgefühle heute deutlich geringer ausgeprägt. Dass Demokratie nur eine Fassade darstellt, es egal ist, welche Partei man wählt, davon sind zwar immer noch etwa die Hälfte der *Desillusionierten Arbeitnehmermitte* und der *Missachteten Leistungsträger* überzeugt, vor drei Jahren waren es aber noch rund zwei Drittel. Bei dem *Abgehängten Prekariat* teilen heute noch rund 60 Prozent diese Überzeugung, 2017 waren es noch gut drei Viertel.

2017 überwog in all diesen drei Gruppen, aber auch bei der *Kritischen Bildungselite*, den *Konservativen Besitzstandswahrern*, den *Verunsicherten Leistungsindividualisten* und den *Gesellschaftsfernen Einzelkämpfern* das Misstrauen gegenüber Bundesregierung und

Bundestag, heute überwiegt bei allen Typen - mit Ausnahme des *Abgehängten Prekariats* - wieder das Vertrauen in Exekutive und Legislative.



Judikative und Wissenschaft werden von allen Typen, einschließlich dem *Abgehängten Prekariat*, mehrheitlich als vertrauenswürdige Institutionen betrachtet. Auch die Parteien haben an Ansehen gewonnen, vor allem die Partei, der man das Vertrauen schenkt – wichtige Voraussetzung für die Repräsentation der eigenen Positionen und Interessen in den Parlamenten.

Alles in allem ist der gesellschaftliche Zusammenhalt heute deutlich stärker als noch vor drei Jahren, wofür vor allem drei Faktoren verantwortlich sein dürften: die anhaltend gute wirtschaftliche Situation, die aufgrund deutlich abnehmender Zuwanderzahlen deutlich gesunkene Relevanz der Migrationspolitik, vor allem aber die im Zuge der Corona-Krise zum Positiven veränderte Wahrnehmung der Politik.

7.5 Fazit

Es ist davon auszugehen, dass die Gründe für die zum Positiven veränderte Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Politik an veränderten Umfeldbedingungen, aber auch wesentlich an der Politik selbst liegen, die in Corona-Zeiten völlig anders agierte und auch anders wahrgenommen wurde.

- Selten wurde Politik als näher und direkter an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtet empfunden als seit Beginn der Corona-Pandemie. Politik „kümmerte“ sich um die zentralen Probleme der Menschen und berücksichtigte dabei auch unterschiedliche Betroffenheit und Interessenslagen.

- Wesentlich könnte sein, dass die Politik unmittelbar und konsequent auf entstehende Probleme reagierte. Noch nie hat es so viele und so grundlegende Gesetzesänderung gegeben wie zwischen April und Juli dieses Jahres. Politik hat - im Gegensatz zur Migrationskrise – ihre Kontrollfunktion umfassend wahrgenommen
- Politik wurde als wirksam und erfolgreich wahrgenommen. Ihre Handlungen führten zu einer raschen Eindämmung der Epidemie.
- Politik kommunizierte und dokumentierte ihre Maßnahmen vergleichsweise gut und umfassend, die Wirkung von Politik war für die Menschen nachvollziehbar.
- Zudem handelte die Politik in der ersten Phase der Pandemie geschlossen. Nahezu alle im Bundestag vertretenen Parteien zogen an einem Strang.
- Politik kooperierte eng mit der Wissenschaft. Dies gab dem politischen Handeln eine zusätzliche Legitimation, die es in vergleichbarer Form noch nicht gab.
- Und selten konnten die Bürgerinnen und Bürger den Erfolg von Politik auch im internationalen Vergleichsmaßstab messen. Deutschland schnitt bislang besser ab als die meisten anderen Staaten.